

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gesetzte Petitzelle 40 Pf.

Telephon Nr. 595

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schlüssel der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

## Licht!

Was nützt der Leuchtturm, wenn im Sturm er nicht  
Wegweisend sorgt für Sicherheit und Leben,  
Nicht helle Strahlen läßt ins Dunkel schweben  
Und zeigt dem Suchenden kein rettend Licht!

Was nützt der Mensch, der, jede Liebespflicht  
Wißbegreifend, fühlt in sich kein ernstes Streben,  
Der nichts empfängt und drum nichts hat zu geben,  
Der nicht hilft bauen, sondern nur zerbricht!

Doch, wie zum Lichte sich emporgerungen,  
Ist gleich dem Turme, dran die Wellen schlagen,  
Der weithin leuchtend hat die Nacht bezwungen!  
Lichtträger brauchen wir in unsren Tagen,

Die, selbst von Himmelslicht und Kraft durchdrungen,  
Des Lichtes Strahlen in die Massen tragen!

Paul Lechner, Stuttgart.

die Zunahme bei den Verbänden der Textilarbeiter 6 183, Bauarbeiter 3 676, Metallarbeiter 3 346, Baker, Eisenbahner 1 957, Hilfs- und Transportarbeiter 1 613, Heimarbeiterinnen 1 366, Keramikarbeiter 1 321, Bergarbeiter 1 158, Holzarbeiter 1 017, Ledearbeiter 953, Maler- und Aufreicher 715, Schneider und Schneidern 634, Krankenpfleger 472, Graphische Gewerbe 345, Baker 180, Tabakarbeiter 112, Gutenbergbund 98, Bayerische Salinenarbeiter 70 und Gärtner 58. Dem Gesamtverband neu angeschlossen hat sich der Verband der deutschen Telegraphenarbeiter, der im Jahresdurchschnitt 1 861 Mitglieder zählte.

Außerhalb des Gesamtverbandes stehen gegenwärtig noch folgende 6 Verbände (S. Tabelle 1a). Es Tabelle 1a.

Organisation	Mitgliederzahl am 31. Dez. 1907	Stammbeiträge für 1907	Gesamtbeiträge in 1907	Gehaltsabstand am 31. Dez. 1907
Deutsche Eisenbahnhandwerker . . . . .	37 433	80 871	55 564	75 529
Badische Eisenbahner . . . . .	11 123	32 628	28 093	14 341
Württembergische Eisenbahner . . . . .	7 345	—	—	—
Bayrisches Postpersonal . . . . .	10 448	30 619	24 162	78 392
Württembergisches Postpersonal . . . . .	2 400	6 629	5 115	10 900
Verein zur gegenseitige Hilfe . . . . .	1 1678	54 176	50 431	92 487
<b>Summa . . . . .</b>	<b>80 437</b>	<b>20 1923</b>	<b>16 3360</b>	<b>27 1149</b>

sind dieses mit Ausnahme des Vereins zur gegenseitigen Hilfe ausschließlich Organisationen von Staatsangestellten. In einigen derselben ist eine starke Strömung zum Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vorhanden. Auf dem die letzten Wochen stattgefundenen Delegiertentage des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter bedurfte es seitens des Vorsitzenden der unsäglichen Mittel, um den Anschluß zu vereinfachen. Dort stimmten die Vertreter von 12–15 000 Mitgliedern für den Anschluß, trotzdem der Verbandsvorsitzende, Herr Molz nicht nur jededoder Auflösung über den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sich widersetzte, sondern auch die Delegierten mit den größten Unwahrheiten vor dem Anschluß abzuspielen suchte. Die Anschlußfrage ist für den Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter in der Hauptfrage zu einem Kampf zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen ausgewachsen. Der Vorsitzende des Ver-

bandes befindet sich in führender Stellung des kathol. Arbeitervereins Düsseldorf, wo neben Berlin die Hauptmandatoren der kathol. Fachabteilungen sitzen. Diese suchen mit allem Nachdruck den Anschluß zu hindertreiben und finden in Molz den geeigneten Strohmännchen zur Durchsetzung ihrer Ziele. Unter den Mitgliedern des Verbandes, die zudem in der Mehrzahl aus Nicht-katholiken bestehen, befinden sich kaum 1000, die mit den kathol. Fachabteilungen sympathisieren. Dennoch reklamieren deren Träger hinter verschlossenen Türen den Verband als zur kath. Fachabteilungsrichtung gehörig, um damit den Einfluß ihrer Gruppe größer als in Wirklichkeit bestehend, anzupreisen. Molz ist pensionierter Eisenbahnsattler, Restaurateur, Verbandsvorsitzender und Redakteur in ein und derselben Person. Darnach ist es auch mit der Leitung des Verbandes bestellt. Zu Gelegenheiten wird bei jeder Gelegenheit zurückzukommen sein. Die Anschlußfrage wird innerhalb des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker nicht mehr zur Ruhe kommen; das hat die Entwicklung der letzten Jahre schlagend bewiesen. Von Personen ist diese auf die Dauer nicht aufzuhalten.

Auch im Verbande des bayrischen Post- und Telegraphenpersonals befindet sich eine starke Gruppe, die auf den Anschluß an den Gesamtverband drängt; insbesondere sind dieses die Telegraphenarbeiter und das niedrig entlohnte Personal. Der Anschluß dieses Verbandes wäre längst getätig, wenn in den letzten Jahren nicht ein mehrfacher Wechsel in der Leitung hätte eintreten müssen. 1906 starb der Mitbegründer des Verbandes, Herr Schreiner, der bis an sein Lebensende den Vorsitz führte, und vor wenigen Wochen ist ihm auch sein Nachfolger im Amt im Tode gefolgt. Dazu kommt auch unerwartet ein Wechsel in der Redaktion des Verbandsorgans. Diese Vorgänge ließen es ratsam erscheinen, den Verband einstweilen nicht auch noch mit der Anschlußfrage zu beunruhigen. Mit den übrigen Organisationen unterhält der Gesamtverband mehr oder minder enge bezw. lose Verbindungen. Das Verhältnis zu dem Verein zur gegenseitigen Hilfe in Schlesien hat sich in neuerer Zeit wieder freundlicher gestaltet. Der Verein hat im letzten Jahre seinen bisherigen Monatsbeitrag von 30 Pf. in einen Wochenbeitrag in gleicher Höhe umgewandelt. Eine nähere Verbindung erwähnt in nächster Zeit, infolge der hochgehenden Erregung unter der polnischen Bevölkerung, unangebracht.

## Kassenverhältnisse.

Die Finanzierung der christlichen Gewerkschaften

Tabelle 1

Organisation	Gesamtheitliche Mitgliederzunahme am 31. Dez. 1907	Mitgliederverhältnisse.						Kassenverhältnisse.							
		Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt		Davon weibliche		Mehr gegenüber dem Vorjahr		Mitgliederzunahme am 31. Dezember 1907		Höhe der Nutz- nahmegerührte Mitgliederzahl am 31. Dez. 1907		Höhe des Beitrages am 31. Dez. 1907			
		1906	1907	1906	1907	männlich	weiblich	1906	1907	Pf.	Pf.	mt.	mt.		
Bergarbeiter . . . . .	1	715	73 542	74 700	—	—	+ 1 159	—	76 866	50	40 <sup>a</sup>	898 222	644 825	785 859	667 557
Bauhauer und Bauhilfsarbeiter . . . . .	2	337	36 459	40 135	—	—	+ 3 076	—	42 087	50	25—85 <sup>b</sup>	879 475	675 212	452 011	337 824
Textilarbeiter . . . . .	3	258	34 581	40 764	11 396	11 396	+ 4 951	+ 1 232	41 916	30	15—60 <sup>c</sup>	583 645	388 458	376 026	332 038
Hilfs- und Transportarbeiter . . . . .	4	314	24 744	28 090	702	728	+ 3 920	—	26	28 472	50	688 550	416 659	585 358	534 028
Bayerische Eisenbahner . . . . .	5	97	22 155	24 112	—	—	+ 1 97	—	25 050	20	80—380 <sup>d</sup>	247 297	162 719	485 553	485 553
Hilfs- und Transportarbeiter . . . . .	6	375	13 023	14 636	860	895	+ 1 578	+ 35	14 470	50	20—50 <sup>e</sup>	216 400	208 430	66 290	52 184
Holzarbeiter . . . . .	7	260	10 222	11 239	200	215	+ 1 002	+ 15	11 258	50	50	298 218	259 112	184 755	127 698
Keramikarbeiter . . . . .	8	185	7 031	8 852	900	997	+ 2 234	+ 87	10 050	50	20—50 <sup>f</sup>	72 875	56 511	37 719	31 634
Tabakarbeiter . . . . .	9	109	6 437	6 549	3 040	2 422	+ 120	—	6 024	30	15—60 <sup>g</sup>	73 057	53 616	26 161	21 162
Steinmetzmeisterinnen . . . . .	10	79	8 600	4 966	3 600	4 966	—	+ 1 366	5 492	30	30—40 <sup>h</sup>	17 765	15 342	20 057	17 557
Leberarbeiter . . . . .	11	102	3 250	4 203	360	481	+ 882	+ 71	4 336	50	20—55 <sup>i</sup>	84 472	91 372	19 993	12 258
Schneider und Schneidearbeiterinnen . . . . .	12	123	3 124	3 758	327	815	+ 446	+ 188	4 221	50	15—35	66 663	68 136	11 168	7 385
Wäler- und Aufreicher . . . . .	13	83	2 577	3 352	—	—	+ 775	—	3 218	100	25—50 <sup>j</sup>	42 932	37 297	12 015	9 757
Gutenbergbund . . . . .	14	76	2 714	2 812	—	—	+ 98	—	2 867	200	90	111 237	76 439	401 113	316 113
Graphisches Gewerbe . . . . .	15	44	1 050	1 409	55	69	+ 345	+ 14	1 400	50	25—60 <sup>k</sup>	22 504	16 234	12 448	10 281
Krankenpfleger . . . . .	16	19	642	1 114	206	231	+ 447	+ 25	1 232	50	80 <sup>l</sup>	7 004	6 207	1 497	1 497
Bayerische Salinenarbeiter . . . . .	17	9	292	332	—	—	+ 70	—	924	50	80 <sup>m</sup>	3 249	3 075	3 921	3 514
Gärtner . . . . .	18	29	670	728	—	—	+ 58	—	756	50	40	10 100	9 470	2 914	2 944
Bäcker . . . . .	19	19	472	650	—	—	+ 35	+ 143	780	50	40	—	—	—	—
Telegraphenarbeiter . . . . .	20	21	—	1 861	—	—	+ 1 861	—	2 280	100	25	5 930	6 484	3 446	446
<b>Zusammen</b>	<b>3 245</b>	<b>274 116</b>	<b>274 323</b>	<b>21 646</b>	<b>24 122</b>	<b>+ 24 731</b>	<b>+ 24 76</b>	<b>284 549</b>	<b>4 311 495</b>	<b>3 193 978</b>	<b>3 487 735</b>	<b>2 991 444</b>			

## Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Verbände.

Tabelle II.

Organisation	Einnahmen							Ausgaben									
	Mitnahmegebühren	Weitkäufe	Extra-Beiträge	Sonstige Einnahmen	Verbandsorgan	Agitation	Streiks- und Gemahregeltenunterstützung	Arbeitslosen- und Arbeitslosenunterstützung	Gruftengeld	Sterbegeld	Medicibus	Contingentunterstützungen	Gehälter	Beratungsausgaben	Reise- und Bildungsausgaben	Beitrag an den Gesamtverband	Anteil bei Totalflossen
Bergarbeiter	6 608	323 501	10 386	51 727	99 914	23 232	64 740	2 186	170 865	75 540	5 796	1 814	27 090	19 287	8 357	12 690	60 109
Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter	14 311	703 667	27 197	30 618	5 768	11 21481)	223 395	—	14 214	7 877	4 865	5 649	13 020	21 986	2 654	7 901	107 628
Textilarbeiter	5 061	368 177	2 783	7 614	42 660	55 155	77 639	374	67 455	7 890	1 839	2 819	7 097	16 086	2 688	6 698	91 764
Metallarbeiter	7 289	636 979	7 311	16 930	30 592	80 580	67 962	12 965	71 228	1 906	2 578	340	19 105	23 089	2 600	5 450	144 468
Bayerische Eisenbahner	1 199	211 073	—	35 024	43 715	1 787	—	—	47 776	1 717	—	3 455	15 804	490	8 501	—	
Hilfs- und Transportarbeiter	5 440	200 168	1 167	8 626	17 545	55 0071)	51 907	890	841	1 490	1 817	6 570	6 860	14 325	2 170	1 405	29 826
Holzarbeiter	3 555	270 487	4 504	10 723	15 868	24 506	106 296	12 825	1 322	1 575	1 107	2 257	1 815	6 450	1 939	2171	63 515
Keramikarbeiter	2 258	68 279	2 217	—	4 302	9 439	27 527	1 728	225	726	850	—	2 100	1 540	1 700	1 209	—
Lederarbeiter	1 198	69 385	1 209	5 214	8 670	17 411	143	1 680	325	547	307	1 170	3 965	388	483	8 407	
Heimarbeiterrinnen	833	11 073	4 042	1 817	1 378	2 109	264	—	2 856	125	—	942	—	2 311	175	452	4 015
Lederarbeiter	1 117	62 189	17 093	4 079	5 410	7 285	50 504	2 499	2 605	1 25	193	332	1 927	2 801	412	458	15 122
Schneiders- und Schneiderinnen	1 372	15 607	1 684	17 909	3 112	11 834	36 405	1 490	1 398	105	—	—	1 980	1 227	151	649	4 617
Maler- und Anstreicher	1 507	29 828	10 603	1 803	3 782	2 406	16 254	184	993	175	—	196	1 395	1 178	668	1 130	5 288
Gutenbergbund	—	98 451	—	12 786	10 439	4 073	1 967	14 542	21 846	190	196	6 416	7 396	3 254	545	655	2 953
Graphisches Gewerbe	398	20 650	243	1 204	2 645	2 292	994	1 320	1 781	40	—	106	2 025	1 191	163	230	2 316
Krankenpfleger	490	4 404	510	1 311	1 027	1 172	—	42	—	75	—	—	1 000	2 029	550	73	—
Bayrische Salinenarbeiter	124	2 993	49	93	1 043	647	—	—	—	120	80	282	30	183	—	80	498
Gärtner	166	8 147	—	1 787	3 114	2 183	—	515	—	—	57	—	—	532	—	—	282
Telegraphenarbeiter	—	6 930	—	—	3 080	490	—	—	—	—	—	1	—	1 059	—	—	—
<b>Summe</b>	<b>53 068</b>	<b>13 850 527</b>	<b>198 215</b>	<b>204 895</b>	<b>361 711</b>	<b>355 115</b>	<b>743 270</b>	<b>51 749</b>	<b>413 035</b>	<b>99 284</b>	<b>81 412</b>	<b>32 374</b>	<b>33 315</b>	<b>143 491</b>	<b>20 618</b>	<b>45 187</b>	<b>623 114</b>

1) Darin sind auch die Kosten der Lohnbewegungen, für Streitstellungen etc. einbezogen.

ten hat im Berichtsjahre eine weitere Festigung erfahren. Die Einnahmen stiegen in noch stärkerem Verhältnis, als dieses der Summe der Mitglieder entsprechend anzunehmen war, der Kassenbestand erfuhr eine bedeutende Steigerung. Die Einnahmen betrugen insgesamt M. 164 418, die Ausgaben Markt B 367 338, während der Kassenbestand auf Markt B 758 384 angewachsen ist. Die Hauptziffern entfallen naturgemäß auf die dem Gesamtverband angehörenden Organisationen. So hat beispielsweise der Holzarbeiterverband mit rund 11 000 Mitgliedern eine bedeutend höhere Einnahme als sämtliche außerhalb des Gesamtverbandes bestehenden Verbände mit über 80 000 Mitgliedern. Von der Finanzierung der Organisationen, die den Gesamtverband bilden, gewinnt man aus den letzten fünf Jahren folgendes Bild:

Einnahmen	Ausgaben	Kassenbestand
M.	M.	M.
1907 4 311 495	3 193 978	5 487 755
1906 3 378 833	2 709 260	2 370 782
1905 2 443 122	2 150 511	1 249 408
1904 894 517	711 670	690 374
1903 678 252	552 447	455 970

Die Einnahmen stiegen somit von M. 3 378 833 auf M. 4 311 495, die Ausgaben von M. 2 709 260 auf M. 3 193 978 und der Kassenbestand von Markt B 2 370 782 auf M. 3 487 735 gegen 1906. Über die einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten gibt Tabelle II Auskunft. Demnach b

## Einnahmen:

	1907	1906
	M.	M.
Zuschlagsgebühren . . . . .	53 068	59 469
Beiträge . . . . .	3 850 527	3 033 217
Extrabeiträge . . . . .	198 215	107 902
Sonstige Einnahmen . . . . .	204 895	170 902

## Ausgaben:

	1907	1906
	M.	M.
Verbandsorgan . . . . .	361 711	275 260
Agitation . . . . .	355 155	262 787
Streiks- u. Gemahregeltenunterstützung . . . . .	743 270	853 435
Kasse- und Arbeitslosenunterstützung . . . . .	51 743	34 464
Krankengeld . . . . .	443 035	265 485
Sterbegeld . . . . .	99 284	136 994
Rechtshilfe . . . . .	81 442	61 233
Sonstige Unterstützungen . . . . .	32 974	12 494
Gehälter . . . . .	96 545	75 631
Beratungsausgaben . . . . .	143 591	124 977
Bibliothek und Bildungszwecke . . . . .	25 618	15 208
Beitrag an den Gesamtverband . . . . .	45 137	35 470
Anteil der Lokalkassen . . . . .	623 114	434 622

Verringert gegenüber dem Vorjahr haben sich die Ausgaben an Streiks- und Gemahregeltenunterstützung. Die scheinbare Verringerung des Sterbegeldes liegt daran, daß ein Verband das Kranken- und Sterbegeld unter einer Rubrik bucht und die bezüglichen Gesamtausgaben im vor. Jahr unter „Sterbegeld“ angegeben waren, dieses Jahr dagegen unter „Krankengeld“ rubrizieren. In Wirklichkeit ist die Ausgabe an Sterbegeld in 1907 höher als im Vorjahr. Die Ursachen zur verringerten Ausgabe an Streiks- und Gemahregeltenunterstützung sind an anderer Stelle des Berichts erörtert.

Die Ausgaben an Unterstützungen weisen natürlich von Jahr zu Jahr eine steigende Tendenz auf. Ehemals war der Beitrag in den christlichen Gewerkschaften so niedrig, daß Unterstützungen kaum gewährt werden konnten. Die Einnahmen aus später vorgenommenen Beitragserhöhungen mußten hauptsächlich zu Streikzwecken verbracht werden. Die steigende Konjunktur, insbesondere in den Jahren 1905 und 1906, stellte diesbezüglich an die christlichen Gewerkschaften große Anforderungen. Allmählich ge-

langte aber auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung das übrige Unterstützungs Wesen zu seinem Rechte; in 1907 wurden für andere Unterstützungsarten ähnlich hohe Aufwendungen gemacht, als für die Streik- und Maßregelungsunterstützung, was aus folgender Zusammenstellung hervorgeht. Insgesamt verfügte die christlichen Gewerkschaften am Unterstützungen in den Jahren:

Streiks- und Gemahregeltenunterstützung	Contingentunterstützung	Einzelne
Insgesamt	in %	in %

Bauunternehmer zu einem angemessenen Entgegenkommen zu bewegen.

Die erzielten materiellen Erfolge waren bei den meisten Verbänden, trotzdem die Streiks weniger häufig und umfangreich zu führen waren als in den

beiden vorangegangenen Jahren, größer als früher; insbesondere trifft dieses bei den Bau-, Textil- und Metallarbeitern und während der ersten Jahreshälfte zu. Aus den genauen Aufzeichnungen einiger Verbände ergibt sich folgendes Bild:

Berufe	Mitgl.	Lohnertöhung	Mitgl.	Arbeitszeitverkürzung
Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter . . .	15870	0,60—8,40	Mitgl. pr. W.	8731 1½—9 Stunden pro W.
Textilarbeiter . . . . .	3759	0,30—6,00	" "	1285 ½—12
Hilfs- und Transportarbeiter . . . . .	4312	0,90—1,40	" "	3157 ½—1½ " "
Holzarbeiter . . . . .	4293	0,75—3,20	" "	1825 1—6 " "
Tabakarbeiter . . . . .	2136	0,30—3,00	" "	266 6—8 " "
Maler und Anstreicher . . . . .	1150	1,20—6,00	" "	473 3—6 " "
Graphische Gewerbe . . . . .	300	1,20—3,00	" "	—

Der Hilfs- und Transportarbeiterverbund hatte mehrere Bewegungen in bayerischen Staatsbetrieben zu führen, wobei er großes Entgegenkommen fand. Meist verhandelten die Betriebsleiter direkt mit den Vertretern der Organisationen, welches Verfahren jedenfalls das einfachste ist und auch am sichersten und schnellsten zu Resultaten führt. Der Tabakarbeiterverbund hätte insbesondere auch in sanitärer Hinsicht Erfolge aufzuweisen; er wies seine Sekretäre an, mit den Gewerbeinspektionsräumen eine enge Führung zu unterhalten; in besonders gesundheitsschädlichen Anlagen wurden Aenderungen herbeigeführt. Die Heimarbeiterinnen führten im M.-Gladbacher Bezirk eine Bewegung, die 1200 Arbeiterinnen in 350 Gewerken umfasste. Die Bewegung endete zwar nicht mit dem Abschluß eines Tarifvertrages, brachte aber eine Regulierung der Löhne und hat die Arbeitgeber zu einem Verband zusammengeführt, so daß diese jetzt selbst auf eine größere Einheitlichkeit der Löhne drängen; das Anhängen von Lohnlisten wurde ebenfalls erreicht. Auch im Gärtnergewerbe beginnt der Tarifgebund stärkeren Eingang zu finden; insbesondere trifft dieses für das Ruhrrevier zu.

Im einzelnen ist die Zahl der Bewegungen und Streiks, an denen 1907 die christlichen Gewerkschaften verwickelt waren, aus Tabelle III ersichtlich. Danach wird über 1089 Bewegungen berichtet mit 59 718 beteiligten Personen. 291 Bewegungen mit 17 171 Beteiligten führten zu Streiks. Es sind sonach 79,8% gleich 73,2% der Bewegungen mit 42 547 gleich 71,2% der Streiks Friedlich verlaufen. Ein jetzt größer Bruchteil der friedlich verlaufenden Bewegungen war noch nie in den vorangegangenen Jahren zu verzeichnen. Von den geführten Streiken entfielen auf die einzelnen Streikarten:

Anzahl	Beteiligte Personen
Angriffsstreik	189
Abwehrstreik	35
Aussperrungen	67

Bewegungen und Streiks wurden allein geführt in 604, mit anderen Organisationen in 485 Fällen, während in 758 Fällen die Mehrzahl der Beteiligten christlichen Organisationen angehörten. Aus diesen Ziffern geht zweierlei hervor: zunächst führen die christlichen Gewerkschaften nicht bloß Bewegungen und Streiks, wo sie von sozialdemokratischen Organisationen dazu gedrängt werden — das beweist die große Zahl der allein geführten Bewegungen und solcher, bei denen sie die Mehrheit hatten — und dann sind den christlichen Organisationen friedliche Vereinbarungen angenehmer, als Zugeständnisse, die durch Streiks den Arbeitgebern eventl. abgerungen werden müssen. Das für sprechen die vielen friedlich verlaufenen Bewegungen, die allerdings in erster Linie mit auf die Erstarkung der Arbeiterorganisationen zurückzuführen sein dürften. Der Streik darf sonach nicht als Zweck der Gewerkschaften betrachtet werden; die Erstarkung der Gewerkschaften an sich und die Ansammlung großer Vermögen wird die Unternehmer zu Zugeständnissen geneigt machen. Der Streik wird auf die Dauer nicht mehr den rechtechten, sondern den außormalen gewerkschaftlichen Kampfmitteln zugerechnet werden können; aber als Kampf- bzw. Schreckmittel muß er unter allen Umständen den gewerkschaftlichen Organisationen erhalten bleiben. Die Ursachen der Streiks und Aussperrungen (siehe Tabelle IV) waren:

Höhere Lohnforderungen		126
u. Arbeitszeitverkürzungen		8
Arbeitszeitverkürzungen		96
Abwehr gegen Verschlechterungen		26
Sonstige Ursachen		35

Über den Ausgang der Streiks und Aussperrungen gibt Tabelle IV ebenfalls Auskunft. Danach verließen:

	erfolgreich	teilw. erfolgreich	erfolglos
Angriffsstreik	71	76	42
Abwehrstreik	11	18	6
Aussperrungen	26	25	16

Wie in den früheren Jahren fällt auch jetzt wieder auf, daß die Mehrzahl der Aussperrungen nicht nach dem Wunsche der Arbeitgeber verlaufen. In der Regel erstrecken Aussperrungen sich auf größere Betriebe mit ungleichmäßigen Arbeitsbedingungen. Und eine möglichste Gleichmäßigkeit herzustellen, liegt auch im Interesse der Unternehmer, so daß, insbesondere für die beteiligten, am schlechtesten geäußerten Arbeiter, meist Verbesserungen erzielt werden. Die Aussperrungen werden daher in Unternehmensrichten immer weniger als Vollstimmiteil angesehen. (24) Der

Verh. Messler (Herausgegeben vom Veram für Sozialpolitik, Verlag von Duncker und Humblot, Leipzig). Die Arbeitgeberbewegung steht erst am Anfang ihrer Entwicklung. Die christlichen Gewerkschaften können nur wünschen, daß sie sich im Sinne einer sozialen Versöhnungsarbeit ausbildet, was um so eher geschiehen wird, je nachvoller die Gewerkschaften dastehen. Der soziale Ausgleich zwischen Arbeiter und Arbeitgeber wird nicht die Frucht sentimentalischer Gefühlsregungen sein, sondern die bewußte Anpassung an die gegenseitigen Machtverhältnisse. In diesem Sinne dürfen die Arbeitgeberverbände nicht unterschätzt werden. (Schluß folgt.)

## Zum Jahresbericht der bayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektion 1907.

In der Presse, besonders der Arbeitervolle, werden zur Zeit die Gewerbeinspektionen-Vorläufe eingehend besprochen, ein Zeichen für das wachsende Interesse der Arbeiterschaft, das durch die Organisation ausgelöst wurde. Einen schweren Schlag erlitt zum wiederholten Male in kurzer Zeit die bayerische Gewerbeaufsichtsbehörde. Zuerst war es der Verlust von Herrn Pößlath's Nachfolger, des Herrn Tyl, der nach 2½-jähriger Wirksamkeit starb. Seinen Nachfolger, Herrn Günther, zwang eine Krankheit nach vierteljähriger Tätigkeit zurückzutreten. Nun entzog auch ihn vor einigen Wochen der unerbittliche Tod seinem Aufgabenkreis. Mit Recht wird den Verbliebenen in ehrender Weise anerkannt, daß diejenigen durch Schaffenskraft, Wissen und Berufsfreude sich allerseits Vertrauen errangen. Sie waren das, was unserer Zeit so bitter Not tut, Männer des Volkes, die ihre Kraft einzogen nicht etwa „um Wunden offen zu halten“, sondern um Wunden zu heilen. Der vorliegende Bericht von 1907 kennzeichnet Bayerns stetige Industrialisierung und damit den wachsenden Aufgabenkreis unserer Gewerkschaften.

Der Gewerbeaufsicht waren unterstellt:					Insgesamt:	
	Fabrik-Betriebe	Arbeiter	Handw.-Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
1906	7820	88869	94346	25882	102160	147711
1907	8101	408904	99433	267449	105444	873555
Zuwachs	281	2035	2907	6817	8278	28659

Ein Löwenanteil dieses Zuwachses entfällt, wie nachstehende Tabelle zeigt, auf die Metall- u. Maschinen-Industrie.

Tabelle III. Zahl der Bewegungen und Streiks und der an denselben beteiligten Personen

Organisation	Anzahl		Streiks und Aussperrungen				Bewegungen und Streiks wurden geführt		Sitzesatz der Sektionen
	Anzahl	Zeitigte Personen	Angriffsstreik	Abwehrstreik	Aussperrung	Streik oder Aussperrung begleiteten Personen	Streik oder Aussperrung begleiteten Personen	Streik oder Aussperrung begleiteten Personen	
Bergarbeiter . . . . .	2	1012	—	1	500	—	—	800	1
Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter . . . . .	286	17770	38	3034	3	49	13	2029	5112
Textilarbeiter . . . . .	147	11162	14	511	3	118	2	1805	2434
Metallarbeiter . . . . .	147	6223	26	472	13	854	10	1206	2032
Hilfs- und Transportarbeiter . . . . .	121	5918	21	547	4	293	2	230	1070
Holzarbeiter . . . . .	123	4755	35	695	6	81	10	189	965
Keramikarbeiter . . . . .	62	3655	9	389	3	272	3	296	957
Färbereiter . . . . .	72	2419	12	260	1	25	—	285	47
Heimarbeiterinnen . . . . .	5	1500	—	—	—	1	26	26	3
Lederarbeiter . . . . .	34	1422	13	407	—	2	457	864	15
Schneider und Schneiderinnen . . . . .	41	1202	8	1059	—	14	447	1506	19
Maler und Anstreicher . . . . .	29	1500	4	—	1	165	10	535	1025
Gütenbergbau . . . . .	5	52	5	—	—	—	—	52	5
Graphische Gewerbe . . . . .	12	839	2	19	—	—	—	19	7
Kärtner . . . . .	3	89	2	24	—	—	—	24	1
	1689	59718	189	7794	35	2157	67	7220	17171
								604	485
									758

Tabelle IV. Weiszen der Streiks und Aussperrungen und Ausgang derselben.

Organisation	Anzahl		Weiszen				Aussperrungen				Zertifikat der Sektionen
	Anzahl	Zeitigte Personen	Angriffsstreik	Abwehrstreik	Aussperrung	Streik erfolglos	Streik teilweise erfolglos	Aussperrung erfolglos	Aussperrung teilweise erfolglos		
Bergarbeiter . . . . .	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	
Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter . . . . .	33	—	19	—	2	52	4	2	1	2	
Textilarbeiter . . . . .	11	—	5	3	—	5	3	—	1	13	
Metallarbeiter . . . . .	14	—	16	13	6	1					

							Summa:
Fabriken	Arbeiter	Händl.- Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter		
1906	545	39071	10642	26776	11188	6446	
1907	547	40619	10911	26622	11458	67241	
<b>Maschinen-Industrie:</b>							
1906	821	57399	4042	9592	4063	66991	
1907	641	62700	4238	9779	4874	72479	

Die Stellung der Betriebe beträgt in diesen Zweigen insgesamt 481, die der Arbeiter 7883; auf die Fabriken entfallen hiervon allein 6847. (Mehrung der Arbeiterzahl).

Der Bericht verzehnt eine gesetzte Zahl der Revisionen, und zwar 18756 (im Vorjahr 16870). In den revidierten Betrieben befanden sich 54,15% der Gesamt-Arbeiterschaft. Trotz Wachstum von Industrie und Gewerbe und damit wachsender Anforderungen an die Gewerbeaufsicht ist die Zahl der Beamten gleich geblieben. Dieser falschen Sparsamkeit ist es zu verdanken, daß nahezu die Hälfte der Arbeiterschaft in nicht revidierten Betrieben arbeitet.

Die mündliche und besonders schriftliche Anspruchnahme des Gewerbe-Inspektionen, hauptsächlich durch Arbeiterorganisationen und Sekretariate, wird als lebhaft und steigend bezeichnet. Neben dem Verkehr zwischen Beamten und Arbeiter schreibt der Bericht: Eine unbefriedigte Bevölkerung der Arbeiter im Betriebe ist im allgemeinen nicht möglich, die Arbeiter werden sich in der Regel mit Rücksicht auf in der Nähe befindliche Mietshäuser und Arbeitskollegen zurückhaltend äußern, da sie bei Angabe von Mietständen fürchten, verraten und unter Umständen gemahngestellt zu werden.

Neben der Erwerbsverhältnisse äußert sich der oberfränkische Bericht, daß Lohnaufbesserungen bis zu 15 Prozent zu verzeichnen seien. Zunächst wurden diese auf dem Wege gütlicher Vereinbarung erreicht, einmal aber auch erst nach streichen Lohnkämpfen. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage sei infolge der Teuerung nur bei einem Teil der Arbeiterschaft zu verzeichnen. Der oberfränkische Bericht hat die Verbesserung der Lebenshaltung zum mindesten für fraglich durch die empfindliche Preisssteigerung der Lebensmittel und Wohnungsmitte, hierdurch gewinnen die Bemühungen durch Selbsthilfe erhöhte Bedeutung. Aus Niederbayern wird von umfangreichen Lohnaufbesserungen berichtet, zu 10 Prozent durchschnittlich, dieselben seien teils freiwillig, teils unter Druck der Arbeiter-Organisationen erfolgt. Das in dieser Hinsicht der freie Wille erst dann funktioniert, wenn die Organisation als Schreckgespenst für manche Arbeitgeber auf dem Plane erscheint, ist bekannt. In Würzburg finden wir unter anderem eine Preisssteigerung von 11,4 Prozent beim Brot, 10 Prozent beim Fleisch und 6 Prozent beim Steinkohlen-Einkauf. Hier heißt es dann weiter: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung hat sich bemerkbar nur vereinzelt und in geringem Maße gebessert, zum Teil aber erheblich verschlechtert. Die Lage der Arbeiterbevölkerung ist demnach immer noch als eine schwierige und zum Teil recht ungünstige zu bezeichnen.

Außerdem ist wiederholt auf den Mangel an Kleinwohnungen hingewiesen, woraus die oft unerschwinglich hohen Mietpreise resultieren. Die zahlreichen Arbeiterwohnungen, die wie berichtet, von Arbeitnehmern aufgeführt würden, bedeuten bei den heutigen Verhältnissen leider zu gleicher Zeit ein Schritt rückwärts in das Hörigkeitsverhältnis. Wohnungskündigungen wegen Organisationszugehörigkeit, charakterisieren diese Art Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Arbeitszeitverkürzung macht in München erhebliche Fortschritte. Auf dem Land hält man an der 11stündigen Arbeitszeit fest und überschreitet die noch nach Bedarf. Damit kennzeichnet der oberbayerische Bericht treffend die Situation. Der darausfolgende „Zug nach der Stadt“ stellt das dort Errungene durch Überangebot an Arbeitskräften zum Teil wieder in Frage. — „Zug nach der Stadt“ müssen wir auch auf dem Land unsere gewirtschaftliche Position stärken.

Zu der Metall- und Maschinen-Industrie ist allgemein ein Fortschritt in der Arbeitszeitverkürzung wahrzunehmen. Darüber wurde früher schon an dieser Stelle berichtet, und erübrigst sich ein spezielles Eingehen. Der niederbayerische Bericht schreibt zu diesem Kapitel noch: Die Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft haben gelegentlich der durch Tarifvereinbarung zu erzielenden Lohnhöhungen in fortwährender Weise Arbeitszeitverkürzungen zu Stande gebracht. — Das dürfte jenen zu denken geben, die sich scheuen, den Blick über den Baunetz der Kirchurmspolitik hinaus auf das Ganze zu lenken. Bemerkenswert ist besonders, daß auch in vielen Ziegeleien mit italienischer Arbeitern, anstatt in vorher einheitlichen Vorgehens die früher vielfach übliche außerordentlich lange Arbeitszeit vor sich 4 und 5 Uhr bis abends 8 und 1/2 Uhr in

der Haupstadt auf die Zeit von früh 5 bis abends 7 Uhr mit Pausen von 2stündiger Dauer beschränkt wurde. Damit bestätigt der Zentralinspektionsbericht, daß die Engländer sich nicht dauernd missbrauchen lassen, sondern schließlich auch den Weg zum Zusammenschluß finden.

Der freie Samstagmittag macht Fortschritte und damit auch die Sonntagsruhe, da notwendige Reparaturen schon Samstag mittags erledigt werden können. In einigen Betrieben wurde Urlaub von 6—14 Tagen eingeführt, teilweise tariflich, teilweise auch unter Fortbezahlung des Lohnes. Freilich wird, wo es freiwillig geht, der Zweck damit verbunden, die Arbeiter möglichst lange an den Betrieb zu halten, weil zumeist nur Jubiläumsarbeiter in Frage kommen.

Die Auslandsbewegung hat gegen das Vorjahr wesentlich abgenommen. Dem Bericht zufolge waren 256 (im Vorjahr 344) Streiks und 19 (im Vorjahr 34) Aussperrungen in Bayern zu verzeichnen. Dieselben erstreckten sich auf 22083 bezw. 3146 Arbeiter. Die Metallarbeiter standen in 33 Streiks mit 4090 Arbeiter. Ein 15 Kästen war die nächstfolgende Forderung der Entlassung von nicht der Mehrheit entsprechend organisierten Arbeitern die Ursache zum Ausstand. Gewiß auch ein trauriges Kapitel im Schuldkonto der gegnerischen Organisationen. Vollen oder teilweisen Erfolg hatten 165 Kämpfe.

Besonders angeführt zu werben verdient ein regelrechter Kinderstreik. In Alburg (Niederbayern) wurden beim Wiederausbau abgebrannter Bauerngehöfte schulpflichtige Kinder in gleichlich unlässiger Weise gegen 60 Pf. Tagelohn beschäftigt. Die kleinen beschlossen einmütig die Arbeit nicht fortzuführen, wenn nicht 80 Pf. pro Tag bezahlt würden, was sodann zugestanden wurde. „Lernet von den Kleinen“ darf auch hier in Bezug des Zusammenhaltes gesetzt werden.

Über die finanzielle Seite der Bewegungen schreibt der pfälzische Bericht: Wenn einerseits die Gewerkschaften durch die lang andauernden Kämpfe stark in Anspruch genommen wurden, so stehen dem auf der andern Seite auch schwere finanzielle Verluste der Arbeitgeber gegenüber. — Besonders erwähnt sind auch die Erfolge unserer Gewerkschaften. Die ehemalig organisierten Textilarbeiter haben eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden in einem Betriebe erreicht neben 10 Prozent Lohnhöhung. Die christl. Bauhandwerker- und Hilfsarbeiterverbände haben zahlreiche Tarife abgeschlossen, was ja bekanntlich in der Metallindustrie schwerer fällt. In Bayern bestehen zur Zeit 50 Gewerbeberufe.

Die Zentralinspektion vermerkt eine erhebliche Stellungnahme der Betriebe gegen die Schuhgesetze bezgl. jugendlicher Arbeiter. Häufig mußte noch die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren beaufstanden werden, auch in Maschinenfabriken. Zugleich ist eine beträchtliche Steigerung der jugendlichen Arbeitskräfte zu verzeichnen; besonders ist dies in einem Emailierwerk bei Oberpfalz der Fall; aus angeblichem Mangel an Arbeiterinnen wurden jugendliche eingestellt. — Das ist keine andere Betrieb als die Weltfirma Amberg. Infolge schlechter Bezahlung ist allerdings auch mal Mangel an Kräften zu verzeichnen.

Lehrlingszüchtung haben wir leider auch vielfach im Metall- und Maschinen-Gewerbe zu verzeichnen. Es sind wiederholt Spängler-, Schlosser- und Fahrrad reparatur-Werkstätten in dieser Hinsicht hervorgehoben. Außerdem habe sich ein fühlbarer Mangel an Lehrlingen und gelernten Arbeitern fühlbar gemacht.

Ein trauriges Kapitel bildet auch die Beschäftigung von Arbeiterinnen an schweren Arbeiten, z. B. zum Schieben von schwer beladenen Karren, Verwendung an Heiz-, Stanz- und ähnlichen Maschinen mit Fußbetrieb. Bestrafungen erfolgten auch wegen Überschreitung der 11stündigen Arbeitszeit. Die lächerlich geringen Strafen von 4—11 Mk. wirkten oft wohl animierend auf den Unternehmer.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle stieg von 15071 im Vorjahr auf 16207. Auf die Metall- und Maschinen-Industrie entfallen hiervon allein schon 33,4 Prozent. Die Zahl der Schwerverletzten und Todesfälle ging zurück. Immerhin haben noch 130 den Tod gefunden auf dem modernen Schlachtfelde, darunter 19 Metallarbeiter. Weniger allgemein bekannt aber beachtet sind das Gießfeuer unter Einwirkung der Rindkämpfe, sowie 127 Krankheiten (und 2 Todesfälle) infolge Staubeinatmung. Gar manches könnte auch hier verbessert werden, wenn zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ein besseres Verhältnis bestünde und gemeinsam solche Schäden beseitigt würden. Über Arbeiterausschüsse sagt z. B. der Bericht nach dem er nur geringe Fortschritte denselben feststellen konnte: „Und doch stünde den Arbeiterausschüssen bei richtiger Zusammensetzung und entsprechenden Enteigenkommen der Betriebsunternehmer hinreichend der Verminderung von Beschwerden, Lohnbewegungen, Aufstellung von Tarifen ein erträgliches und weites Feld der Tätigkeit offen.“

Der einzige Hebel, der auf allen Gebieten den

Erfolg für sich hat, ist die Selbsthilfe, die Gewerkschaftsbewegung, der Wachstum und Erfolge wiederholten in Inspektionsberichten sind.

A. R. Nürnberg

### Zur Wohnungssfrage.

Bei dem Bestreben, den Arbeiterstand sittlich und materiell zu heben, wird hauptsächlich von den zunächst Beteiligten selbst die Sorge um genügend große, gesunde und preiswerte Wohnungen nur zu häufig außer Acht gelassen. Und wie viel hängt davon für den Einzelnen, aber auch für die Gesamtheit ab!

Durch die natürliche Vermehrung der Bevölkerung, ganz besonders aber durch starke Zuflucht nach den Großstädten und Industrienzentren werden oft Zustände geschaffen, welche den Gesetzen der guten Sitte und der Volksgesundheit zuwiderr laufen und eine große Gefahr bedeuten für das gesamte Volkswohl, eine Gefahr, die umso größer ist, als sie meist von den beteiligten Vermietern abgelenkt, von den Mietern aber nicht richtig gewürdigt wird.

Eine nach verschiedenen Richtungen hin interessante Erhebung haben seinerzeit die katholischen Arbeitervereine Münchens unter Mithilfe der christlich-organisierten Arbeiterschaft, mit dankenswerter Unterstützung verschiedener, akademisch gebildeter Herren vorgenommen. Die Resultate dieser Erhebungen haben gezeigt, daß gerade die kleineren Wohnungen, nach dem Quadratinhalt ausgerechnet, viel teurer sind, wie die großen Wohnungen, oft bis zum 2½fachen Betrag.

Ähnlich verhält es sich in Wien, wo ebenfalls oft mehr als der doppelte Betrag für einräumige Wohnungen bezahlt werden müßte, als für solche mit 2 und mehr Räumen.

Außerdem befinden sich erfahrungsgemäß die kleinen Wohnungen in einem viel primitiveren Zustand, entbehren der meisten Bequemlichkeiten, sehr häufig sogar der notwendigsten Bedürfnisse des Lebens: Licht und Luft! Daß unter solchen Verhältnissen die Gesundheit ganz besonders leidet und die Sterblichkeit erhöht wird, liegt auf der Hand.

In einer Stadt Natur mit ziemlich angestraßen ständen z. B. bauprämisslich auf 1000 Personen 21,2, während in den Arbeitervierteln 25,7—31,1 Personen gestorben sind. In München betrug die Sterblichkeit in der Altstadt 19, in den Arbeitervierteln jedoch 32—35 pro Tausend. Dabei ist zu beachten, daß die Luftzuflöhr bei den an der Peripherie gelegenen Arbeitervorwohnungen eigentlich viel günstiger sein könnte als in der Altstadt.

Durch die im Verhältnis zum Einkommen oft viel zu hohen Mietpreise wird eine äußerst dichte Belebung der Räume veranlaßt und mit Vorliebe als einziges Rettungsmittel das Weitervermieten ergriffen. In manchen Gegenden ist es sogar Sitte, daß auch die Reisende oder Schlosseher zu zweien in einem Bett schlafen müssen. Dabei kommt es auch nicht selten vor, daß Erwachsene und Kinder, Verheiratete und Ledige, oft sogar noch beiderlei Geschlechts auf gemeinsame Schlafräume angewiesen sind. Daher unter solchen Verhältnissen nicht bloß die Gesundheit, sondern auch die Sittlichkeit in ganz bedenklichem Maße leidet, liegt auf der Hand. Im Gerichtssaal würde sich sehr häufig der Beweis für die letztere Behauptung erbringen lassen. Und wie manches Familienleben ist durch diese Zustände schon vergiftet und zerstört worden.

Die Gründe dieser angeführten Missstände sind verständener Weise. In erster Linie kommen hier die materiellen Verhältnisse weiter Volkskreise in Betracht. Die Wohnungssfrage ist für die Arbeiterschaft in den allermeisten Fällen nur eine Geldfrage. Hätten sie ein genügendes Einkommen, dann könnten sie schon eine menschenwürdige Wohnung haben. Wohnungsnot im buchstäblichen Sinne wird man selten antreffen und wo eine solche vorhanden wäre, da würde sie schnell behoben sein, wenn die arbeitende Bevölkerung große gesunde Wohnungen bezahlen könnte. Die Besitzenden hat man noch nicht über Wohnungsnot und Wohnungselend klagen hören.

Ein weiterer Grund für die jetzigen Zustände muss neben der starken Vermehrung bzw. Zufluchtierung im Mangel einer geeigneten Tätigkeit liegen, die sehr oft beeinflußt wird durch eine maschlose Bodenspekulation, vielleicht auch durch zu strenge Bauvorschriften. Vielfach macht sich auch das Fehlen guter Verbindungen mittels Trambahn oder Nahverkehr, wodurch den Arbeitern die Möglichkeit genommen wird, in größerer Entfernung von der Arbeitsstätte zu wohnen, unangenehm fühlbar.

Die Mittel, die zur Wohlfeile zur Verfügung stehen, sind verschiedener Art und liegen teils auf dem Gebiete der Selbsthilfe durch Gründung von Baugenossenschaften und gemeinnützigen Baugesellschaften, teils auf kommunalem und staatlichem Gebiete. (Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses, Erlichterung der Bauvorschriften für Arbeiterwohnungen, Abtragung von billigem Grund und Boden, Erbauung und Verdichtung der Verkehrsgesellschaften.)

Doch kann und soll es nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, diese Dinge hier ausführlicher zu besprechen. Der Zweck dieser Ausschreibungen ist vielmehr der, die

Kollegen darauf aufmerksam zu machen, mehr als es bisher vielfach geschehen, ihr Augenmerk auf eine gesunde, den Anforderungen der Sittlichkeit entsprechende Wohnung zu lenken. Nebenhaupt dieser wichtigen Frage mehr Beachtung und Interesse zu schenken. Was nützt es uns, wenn wir im harten Ringen mit den Unternehmern einige wenige Lohnausbeute erreichend, wenn, wie es schon vorgekommen, die gleichzeitige Mietpreissteigerung diesen Mehrverdienst verschlingt? Und ist für die Gesundheit viel erreicht durch eine Arbeitszeitverkürzung, wenn wir die gewonnene freie Zeit in einer feuchten, ungesunden oder überfüllten Wohnung zubringen müssen? Ist es nicht gerade Pflicht der christlichen Arbeiterschaft, in ihrem Streben nach sittlicher Erhebung ganz besonders die Wurzeln der sittlichen Verkommenheit, die sehr häufig in überfüllten Wohnungen zu suchen sind, zu treffen und auszurotten?

Wie ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnt, so kann auch ein gesundes Geschlecht nie in feuchten, dumpfen, ungesunden Wohnungen heranreifen. Deshalb Kollegen, beschützt die Sache im Auge und stellt auch dort, wo Bestrebungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse am Platze sind, euren Mann in eurem eigenen Interesse, zum Wohle eurer Familie und des ganzen Volles!

S. R.

## Stimmen zur Generalversammlung

Es sind nun schon verschiedene Ansichten in unserm Organ hervorgetreten, die sich mit der Frage der Beitragserhöhung zu unserer Generalversammlung befassten.

Mit demselben Punkt beschäftigte sich auch die hiesige Ortsgruppe, um auch ihre Stellung zu präzisieren. Wohl sind die Verhältnisse am Orte so gelegen, daß es sehr bedeutsam erscheint, den bestehenden Wochenbeitrag von 60 Pf. auf 80 Pf. oder gar 1 M. zu erhöhen, wie es einige Kollegen schon vorgeschlagen haben. Die hiesige Ortsgruppe stimmt damit überein, daß die diesjährige Generalversammlung einen obligatorischen Wochenbeitrag von 60 Pf. auf 80 Pf. oder gar 1 M. an die Zentralkasse abgeliessen wird. Damit wäre sicher die Gefahr ausgeschlossen, daß zum ersten unserem gut fundierte Kriegskasse für die Zukunft ihre Stärke verlieren und zweitens die nun einmal bestehenden Unterstützungsätze gellässt werden müssten. Letzteres würde, obwohl gewiß anerkannt wird, welche gewaltige Summe gerade die Erwerbslosenunterstützung verschlingt, doch etwas böses Blut verursachen und erscheint deshalb wohl zweckmässiger, einen andern Weg zur Ausgleichung zu finden.

Für Einführung der Klassenbeiträge konnten sich die Kollegen nicht besonders erwärmen, insofern, weil alsdann ein sehr schwieriges Verwaltungsproblem sowohl in den einzelnen Ortsgruppen wie an der Zentrale geschaffen wäre. Ferner würde es auch Kollegen geben, die sich von dem höheren Beitrag zu drücken verständen. Dagegen aber glaubt die hiesige Ortsgruppe, daß die Forderung berechtigt sei, alsdann bei der Ausführung von 60 Pf. an die Verbandskasse auch von den für die Lokalkasse verbleibenden 15% nicht wie bisher die Hälfte an den Bezirk, sondern wie früher 5% an die Bezirkskasse und 10% für die Lokalkasse verbleiben möchten. Denn an Orten wie z. B. auch Ulm, wo die Organisation so schwer vorwärts zu bringen ist, wo noch wenige Mitglieder überhaupt in der Ortsgruppe vorhanden sind, da sind die agitatorischen Kräfte auch sehr spärlich, dennoch aber erreichen die notwendigen Ausgaben wie Porto, Inserate, Bezirkskonferenzen und dergleichen eine solche Höhe, welche mit dem kleinen Anteil von 7½% kaum zu befreiten sind, geschweige denn noch etwas zu erzielen. Möge das die Generalversammlung berücksichtigen.

Ortsgruppe Ulm.

\* \* \*

In Nr. 21 und 22 beschäftigten sich mehrere Kollegen mit den Aufgaben der diesmaligen Generalversammlung. Alle sind der Meinung, der Beitrag muß erhöht werden. Einzelne Stimmen sind für Staffelbeiträge. Letzterer Meinung schließt sich Schreiber dieses an und zitiert aus folgenden Gründen: In einer ganzen Anzahl Gegenden sind die Arbeiter noch nicht für den Gewerkschaftsgedanken ganz reif. Der vermeintlich hohe Beitrag schreckt sie häufig zurück. Jetzt müssen die dort vereinzelt organisierten Kollegen die Opfer aufbringen, um unsere Standesbewegung allgemein zu fördern. Die Opfer müssen auch gebracht werden, aber nur opfern, ohne Aussicht, selbst Vorteil zu haben, ist sehr schmerzhaft. Indirekt haben ja auch diese Kollegen Nutzen von der Organisation, weil es gleichgültig ist, wo die unumgänglichen wirtschaftlichen Kämpfe geführt werden, ob im Norden, Süden, Osten oder Westen, wenn sie nur zum Nutzen der Arbeiter auslaufen.

Diese indirekten Vorteile können jedoch lange auf sich warten lassen und nicht ganz ideal veranlagte Kollegen werden bei diesem Warten leicht mutlos. Der Strom in den gewerkschaftlichen Hochburgen nutzt es auch nicht viel, wenn sie ihre Lage verbessert haben und müssen nun befürchten, daß Arbeiter ausgewerkschaftlich rückständigen Gegenden ihnen ihre Erfolge illusorisch machen können, indem sich der Strom

der arbeitsuchenden und idiosyncraticen Gezogenen zuwendet und dort Lohnräuber spielen. Da wäre es doch besser, wenn durch Einführung von Staffelbeiträgen die rückständigen Gegenden gewonnen und mitgerissen werden könnten und die Arbeiter durch Schulung zu rechten Gewerkschaftlern erzogen würden.

Ein weiterer Grund, der für Einführung von Staffelbeiträgen ins Feld geführt werden kann, ist der, daß auch die Opferwilligkeit nicht überspannt werden darf. In Rheinland und Westfalen sind die katholischen, städtischen Arbeitervereine, speziell die katholischen, stark verbreitet. Der größte Teil der Gewerkschaftler gehören ihnen mit Recht an. Diese Vereine haben Krankengeld-Zuschüsse, Sterbekassen oder ähnliche Errichtungen, wo die Mitglieder pro Woche 50 bis 60 Pf. bezahlen müssen. Neben den anderen Abgaben muß der Gewerkschaftler alsdann 1,20 bis 1,50 Mark pro Woche aufbringen. Bei niedrigem Verdienst eine hübsche Summe! Gegen Krankheit und Sterbefall bin ich versichert, denkt und sagt der Arbeiter, der den hohen sozialen und kulturellen Wert der Gewerkschaft nicht achtet, und tritt dem Verband wegen der Beitragshöhe nicht bei.

Noch eine Frage ist hier am Platze. Wird der Verband, selbst wenn der 60 Pf.-Beitrag eingeführt wird, den hohen Anforderungen des Unterstützungsbedarfs in Zukunft gerecht werden können? Bei dem großen Summen, die jetzt schon die Erwerbslosenunterstützung verschlingt, ist es unwahrscheinlich, daß sich diese Ausgaben noch erhöhen werden infolge der feststellenden Unterstützungssätze bis 10 Mark pro Woche. Hier muß meines Erachtens die Generalversammlung den Hebel ansetzen. Die Düsseldorfer Zentral-Zuschußkasse zahlt bei:

25 Pf. Wochenbeitrag	6,30 M. Krankengeld
35 "	8,40 "
45 "	11,20 "
55 "	14,00 "

(Kasse der Metallarbeiter).

Dabei ist diese Kasse einer der besten. Nun vergleiche man mit diesen Sätzen die Leistungen unserer Erwerbslosenunterstützung.

Mein Vorschlag geht dahin: Von den an den Verband zu zahlenden Beiträgen wird ein Teil, etwa 50%, für die wichtigsten Aufgaben des Verbandes, wie Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, Verwaltung, Organ, verrechnet und zwar von dem Beitragsatz von 60 Pf. Führen wir nun drei verschiedene Sätze, etwa den 30 Pf. Beitrag für jugendliche unter 18 Jahren und weibliche Mitglieder ein, außerdem noch den 50 bis 70 Pf. Beitrag mit entsprechenden Unterstützungsätzen für erwachsene männliche Mitglieder; dann müsse man es den Ortsgruppen überlassen, ein oder beide Sätze einzuführen. Weil bei 50 Pf. die Unterstützungsätze niedriger sind, werden die Mehrzahl der Mitglieder, besonders bei entsprechender Aufklärung, die hohen Beiträge leisten. Das östere Erhöhen der Beiträge wäre dann nicht mehr nötig, der Verband könnte sich ruhig und sicher entwickeln.

Ich lasse also kurz zusammen: Einführung von Staffelbeiträgen aus agitorischen und finanziellen Gründen, Reform der Unterstützungsätze nach dem Staffelsystem unter ausreichender Berücksichtigung der Hauptaufgaben des Verbandes sowie dessen ordnungsmäßige Verwaltung.

J. L. G.

Nachtrag. Der zweite Zusatz unter den Stimmen zur Generalversammlung in der vorigen Nummer des Organs war vom Kollegen Bernhard Ginter-Nachen. Durch ein Versehen war der Name weggeblieben, was hiermit nachgetragen sei.

## Gewerkschaftliches.

**Das Attentat auf die Koalitionsfreiheit**  
der technischen Angestellten und Handlungsgehilfen durch den Verband bayerischer Metallindustrieller (siehe den Artikel in voriger Nummer: Unterdrückung des Koalitionsrechts) hat in der Öffentlichkeit großen Staub aufgeworfen. Viel mehr, als wenn es sich um Arbeiter gehandelt hätte. Solches Vergehen gegen die Arbeiterorganisationen ist man in Deutschland bald gewohnt, das ist längst nichts neues mehr. Interessant ist, daß bei diesem Schlag gegen die Angestelltenverbände die vielgenannte Augsburger Maschinenfabrik (Mutter der Gelben) und der Direktor Guggenheim die treibende Kraft sind. Wenn es unter den Beamten und Handlungsgehilfen gewissenlose und dumme Elemente genug gibt, wird sich wohl auch bald von Augsburg aus der „Segen“ einer gelben Beamtenbewegung über Deutschland ausbreiten. Wenn . . . ?

Der öffentliche Entrüstungsturm hat die Scharfmacher der bayrischen Metallindustrie aber doch schon zu einer kleinen Retourkutsche veranlaßt. In einem neuen Rundschreiben vom 16. Juni wird die geplante Maßregelung der organisierten Beamten nämlich vertagt. Einleitend heißt es in diesem neuen Uflos, der Maßregelungsbefehl habe auf „einer reiflichen Prüfung der Tendenzen der einzelnen Verbände“ beruht. Daß sie die reifliche Prüfung selbst

wenig trauen, beweisen die Scharfmacher dann gleich weiter, indem sie in dem Rundschreiben weiter sagen: „Mitterwelle ist vor verschwisterlicher Seite dem Vorstand Material erbracht worden, welches denselben veranlaßt, in eine wiederholte Prüfung der Frage einzutreten und bis zu deren Erledigung seinen Mitgliedern einen Ausschluß im Vollzug des Rundschreibens vom 3. Juni 1908 zu empfehlen.“

Dieser Rückzug ist jedenfalls nur ein Scheinmanöver, um die Entstehung der öffentlichen Meinung zu beschleunigen und es später dann etwas geschickter anzufangen, sobald keiner was merkt, wie es z. B. bei den Arbeitern gehandelt wird. Vielleicht ist dieser Schlag gegen die Koalitionsfreiheit der Beamten auch dazu angelegt, manchen Werkbeamten einmal zu einer vernünftigen und gerechten Anschauung über dasselbe Recht der Arbeiter zu bringen. Die „Werkmeister-Zeitung“ Nr. 24 bemerkt zu dem ersten Birkular der Metallindustrie folgendes:

„Wenn auch der Deutsche Werkmeister-Verband nicht unter den verschiedenen Vereinigungen genannt ist, so sind unsere Mitarbeiter doch genau wie die anderen Angestellten von diesem Attentat auf das Organisationrecht mit betroffen. Es wird einen einheitlichen Protest aller Angestellten hervorrufen, der sicher die Zustimmung der öffentlichen Meinung und der Parlamente finden wird.“

Es wäre nur zu wünschen, daß dieser jehlsnerndische Protest in den Beamtenkreisen auch dann eintreten würde, wenn das Koalitionsrecht der wirtschaftlich allerkrächtesten, nämlich der Arbeiter, von den Scharfmachern bedroht würde und daß dieser Protest besonders laut würde, wenn sich Werkbeamte (Werkmeister, Werkführer, Ingenieure u. s. w.) noch als Handlanger bei den Attentaten auf die Arbeiterrechte missbrauchen lassen.

## Das Ende eines Streikbrecheragenten.

In Nr. 14 „Der Deutsche Metallarbeiter“ berichteten wir unter der Stichmarke: Moderner Mensch handelt von einem gewissen Otto Genske, der ein Engros-Geschäft in Berlin mit Filialen in der Provinz zur Lieferung von Arbeitswilligen für ganz Deutschland etabliert hatte. Er schaffte Arbeitswilligenbüroaus in Niederschlesien, Böhmen, Hagenau und Ostrowo. Als Kotsfeld verlangte er in einer „in alle Unternehmer verfaßten Proprietät 5 M. pro Mann und freie Reise“. Selbst ein Abonnement zur Lieferung von Arbeitswilligen war bei ihm gegen 30 M. pro Jahr zu haben. Er brachte auch Anerkennungsschreiben seiner Tätigkeit, so von K. Peßold in Wunsdorf, von Hubert und Ulrich in Finsterwalde von Rehder in Buttstädt und von Lichtenberg in Gronau bei Hannover.

Nun ist diese „Größe“ gefallen, wie die „Baugenrechtschafft“ zu berichten weiß. Er wurde wegen Raubtäterschaft verhaftet. Er suchte für seinen „Betrieb“ Raubtäterschaftliche Buchhalter, Lagerverwalter und Transporteure. Er verlangte von diesen eine Rauton von 300 bis 500 Mark mit der Bedingung, daß sie in die Lage kämen, in Streitgebiete mit größeren Wohnsummen zu reisen. Nun wollte er sogar die behördliche Sanktion seines Betriebes erhalten, und das wurde ihm zum Verbergen. Die Polizei hat sich nämlich erst einmal seinen „Geschäftsbetrieb“ näher angesehen, und da entdeckte sie, daß er bereits 8200 M. Raubtäterschaft für sich verbraucht hatte. Er wurde nun im „behördlichen Schutz“ genommen, aber anders, als er es sich gedacht hatte. Manche Arbeitgeber haben damit einen „unrechtmäßigen Verlust“ erlitten. Hoffentlich tödten sie sich. Ein neuer Betrieb, aus welchem Material sich die Streikbrecheragenten und ihre Helfer rekrutieren. Sic transit gloria mundi. (So endet der Sturm dieser Welt.)

## Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1906.

Erschien wieder durch den internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, Legien-Berlin, der vierte Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung für das Jahr 1906 veröffentlicht. In dem Bericht fehlen u. a. die Angaben über Frankreich und Russland. In ersterem Lande befindet sich die gewerkschaftliche Bewegung in einer ernsten Krise. Anarchistische und sozialistische Strömungen ringen dort um die Ober- und die Bewegung hat ihre internationalen Beziehungen zu den gewerkschaftlichen Landeszentralen fast vollständig gelöst. Auch in Russland ist die Gewerkschaftsbewegung noch keineswegs gestoppt. Den Stand der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern im Jahre 1906 veranschaulicht folgende Zusammenstellung:

Land	Bahl der Mitglieder insgesamt	davon weibl. gehören an	
England . . .	2 106 283	105 000 630 933	
Niederlande . . .	128 845	4 450 26 227	
Belgien . . .	158 116	5 460 42 491	
Dänemark . . .	98 432	7 842 78 081	
Schweden . . .	200 924	13 609 144 395	
Norwegen . . .	25 339	1 010 25 330	
Deutschland . . .	2 215 165	140 554 1 689 709	
Österreich . . .	448 270	42 190 392 106	
Ungarn . . .	153 342	5 503 153 332	
Serbien . . .	5 350	550 5 350	
Bulgarien . . .	5 000	?	1 884
Italien . . .	173 754	1 752	—
Spanien . . .	32 405	—	32 405
	5 851 215	373 920	

In den 13 berichtenden Ländern sind somit fast 6 Millionen Arbeiter in den Gewerkschaften zusammengesetzt.

schlossen. Über die Einnahmen und Ausgaben werden aus 13 Ländern Angaben gemacht, die sich auf 4483 173 Mitglieder erstrecken. Danach betragen die Gesamtausnahmen 108 282 428 M., die Gesamtausgaben 91 360 424 M. und die Kassenbestände 150 502 805 M. Von dem Kassenvermögen entfielen allein auf England 106 050 134 M. und auf Deutschland 31 544,660 M.

### Ein sonderbares Rezept

Gegen die Wirkungen der wirtschaftlichen Krise hat der Berliner Fachabteilungssekretär Richter auf dem zu Püngsten in Berlin abgehaltenen Treffen der Verbandes kathol. Arbeitervereine (Sip Berlin) empfohlen. In den Leitsätzen zu seinem Vortrag über die wirtschaftliche Krise hat sich nach einem Bericht der „Kölner Volkszeitg.“ Nr. 613 vom 14. Juni auch folgende Weisheit befunden:

„Um die Wirkungen der Krise für unsre Mitglieder abzuschwächen, empfiehlt sich eine gründliche Belehrung über die Verfehltheit von Streiks zur Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs.“

Großartig! Und wie einfach! Wenn also die Arbeiter infolge der Krise viel weniger verdienten, weil sie nur teilweise arbeiten können, ihnen die Löhne empfindlich gekürzt wurden, oder wenn sie gar arbeitslos geworden sind, dann beilehren sie die „Berliner“ über die Verfehltheit von Streiks zur Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs und den armen Arbeitern soll damit nach Berliner Weisheit geholfen sein. Und mit solchem Unsinn war nach demselben Bericht der „Berliner“ Tageszeitung „in jeder Hinsicht einverstanden.“ Es ist also natürlich, daß die geistiger Führer dieser Bewegung von ernsthaften Menschen nicht mehr ernst genommen werden können. Denn solcher konfuser Unsinn geht tatsächlich über die Gutschnur.

Ein interessant war, daß dem Feuerwehrchef Büss Breslau sogar sein Berliner Kollege Richter nicht mehr ganz tadeln in der Antistreikidee gescheint hat. Der vorhin angezogene Bericht sagt nämlich weiter:

In der Diskussion betonte Arbeitersekretär Büss (Breslau), der Satz betr. die Belehrung über die Verfehltheit von Streiks zur Zeit der wirtschaftlichen Krise könnte so gedreht werden, als wenn der Arbeiterverein, Sip Berlin, die Streiks zu anderer Zeit nicht mehr wie bisher verwerfe. Demgegenüber habe er hervor, daß der Verband auch weiter die Streiks auch außerhalb der Krisen für verfehllich und schädlich halte. Arbeitersekretär Richter erklärte, er wolle „selbstredend den Streik nicht verteidigen.“ Wenn es überhaupt verfehllich sei, dann sei er natürlich zur Zeit wirtschaftlicher Krisen überhaupt zu verwerfen.“

Gegen den volkswirtschaftlichen Unsinn, der in dem Leitsatz Richters liegt, hat gemäß diesem Bericht weder Büss noch ein anderer Einspruch erhoben. Wirklich nette „Arbeiter-Berater!“ Ihr Antistreikkoller erstickt bei diesen Leuten anscheinend jedes logische Denken.

### Der „Regulator“

hat die ihm unter dem 1. Juni zugesandte Berichtigung des Zentralvorsitzenden Kollegen Wieber auf den aus der sozialdemokratischen Presse abgedruckten Lügenartikel betreff der Stänkeren in der Ortsgruppe Niederrhein I endlich in seiner Nr. 25 vom 19. Juni gebracht. Es wird ihm doch ein Licht aufgedämmt, vielleicht auch von anderer Seite angezündet worden sein, daß ihm das Sträuben und eigenständig sein wenig helfen könnte. Sonst gibt sich der „Regulator“ gern den Anschein, als ob er das Preßgesetz besonders genau kenne, aber hier scheint seine Kenntnis doch sehr mangelhaft gewesen zu sein. Er hat nämlich öffentlich gegen das Preßgesetz verstoßen, als er die Berichtigung nicht in der ersten nach Eintreffen der selben erschienenen Nummer gebracht hat. Das war aber zum mindesten die Nummer vom 12. Juni.

Zu der Berichtigung macht das S.-D. Organ natürlich keine Randbemerkungen und hat dabei die Dreitigkeit, die Objektivität des Kollegen Wieber in Zweifel zu ziehen. Gegen diesen gehässigen Vorwurf brauchen wir den Verbandsvorsitzenden Wieber nicht in Schutz zu nehmen. Persönliche Investituren gehören nun einmal zur Hirsch-Dünckerischen Kampfsweise unter Wurst zum Kuhstall. Dabei schließen die Leute allzu häufig von sich auf andere. Wenn einer der ersten geistigen Führer der Hirsch-Dünckerischen Bewegung es ausspricht, daß die Worte da seien, um die Gedanken zu verborgen und Handlungen beschriftet, die vom S.-D. Zentralorgan selbst als „Spießbüntaffit“ bezeichnet wurden, so darf der „Regulator“, daraus nun nicht schließen, daß es in anderen Gewerkschaften auch mit der Wahrheit nicht genau genommen wurde. Möge er also zunächst einmal dafür sorgen, daß in seinem Lager der Wahrheit keine Gewalt angetan wird.

### Streiks und Lohnbewegungen.

#### Tarifbewegung im Berliner Rohrlegergewerbe

Der Tarif für die Rohrleger und Helfer, welcher vom 1. September 1905 bis 1. Sept. 1908 Gültigkeit hat, ist seitens der Unternehmerorganisationen unter dem 9. und 10.

Monat geändert worden. Welchen Wert ein Tarifvertrag hat, der Bestimmungen über Arbeitszeit (8 Stunden), Stundenlohn, Buschläge für Über-, Nacht- und Montagearbeit, der zwecks Regelung von Differenzen eine paritätische Schlichtungskommission vorschriftlich enthält, ist bekannt. Ein so geregeltes Arbeitsverhältnis ist ideal gegenüber den Zuständen, in welchen sich noch Hunderttausende in der schweren Eisen- und Maschinenindustrie beschäftigte Kollegen befinden. Solche Arbeitsverhältnisse aufrecht zu erhalten, ja sie noch im Arbeitsleben auszubauen, soll das stete Streben jedes gewerkschaftlich organisierten Kollegen, soll vor allem das Ziel jeder gewerkschaftlichen Organisation sein. Dies unter Vermeidung der alten Zelle schädigenden Streiks zu erzielen, ist nicht leicht, besonders in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs. Wenn die Gewerkschaftsführer mit alter Unmacht operieren, alle verfügbaren Kräfte zu einem die Unternehmer imponierenden Ganzen zusammenzufassen, und dann die Wucht der öffentlichen Meinung sich zu gunsten der Arbeiter entscheidet, dann läßt sich trotzdem auch in Zeiten wirtschaftlicher Depression für die organisierte Arbeiterschaft großes schaffen. Beweise dafür liefert der erst kürzlich abgeschlossene Tarifvertrag für das Baugewerbe. Die Berliner Kollegen des Bauhauptes errangen auf dem Wege der ruhigen Verhandlung die Wiederinlösung des 75 Pf. Stundenlohnes, den die Unternehmer vor drei Monaten auf 65 Pf. reduziert hatten.

Technisches ließe sich auch bei der zum 1. September 1905, werbenden Tariferneuerung für das Berliner Rohrlegergewerbe erzielen, aber dem arbeitet der sozialdemokratische Metallarbeiterverband systematisch und bewußt entgegen. Gleich wie er 1905 in Bremerhaven und Flensburg gemäß Darlegungen Hellrichs im „Vorwärts“, absolut aussichtslose Streiks inszenierte, um den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband zu vernichten, was ihm ja auch gelang, und wie er dies auch an den Solinger Volksgewerkschaften versuchte, was ihm jedoch nicht gelang, ist er jetzt an die Arbeit, im Berliner Rohrlegergewerbe einen Streik, und zwar einen Abwehrstreik herauszubringen, um einem anderen sozialdemokratischen Bruder, dem „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband“ (sogen. Wiesenthaler Richtung) das Lebenslicht auszublasen. Gleichzeitig versucht die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes auch unsern christlichen Metallarbeiterverband auszuschalten und hat zu dem Zweck schon eine verleumderische Hebe vom Baum gebrochen. Dazu dabei auch der bisherige Tarif in die Brüche geht und die Rohrleger in ihrem Arbeitsverhältnis um 10 Jahre zurückgeworfen werden, das kümmert die Leiter des Deutschen Metallarb.-Verb. nicht. Wegen angeblicher Unterdrückung ihrer Rechte traten die Berliner Rohrleger, anno 1905 Personen, unter der Leitung Wiesenthal's, 1905 aus dem Deutschen Metallarbeiterverband aus und gründeten den sog. „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband“. Letzter besteht ausschließlich aus Berliner Rohrlegern und Helfern. Zu bitterster Feindschaft stehen sich die Anhänger der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ gegenüber. Wenn es zum Streik kommt, dann ist es dem kapitalarmen Wiesenthalerverband nicht möglich, die nötigen Unterstützungs gelder, die wöchentlich mindestens 20 000 M. betragen, einzubringen. Gerade weil ein Streik den Tod der Wiesenthaler bedroht, arbeitet der Metallarbeiterverband auf die Inszenierung eines Streiks hin. Da der Metallarbeiterverband verübt und der an den Solinger Volksgewerkschaften versuchte Brudermord einen Entwicklungssturm in der öffentlichen Meinung gegen den Metallarbeiterverband auslöste, ist jetzt Vorsicht geboten. Er versucht diesmal, den tödlichen Streich gegen die Wiesenthaler zu führen, aber andre dafür bei eventueller Anklage verantwortlich zu machen. Die Inszenierung eines Abwehrstreiks, für den er die Unternehmer verantwortlich machen kann, darauf ist seine Taktik berechnet. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient er sich der widersprechenden Argumente und gewagtesten Mittel. Dieses überzeugend nachzuweisen ist nicht schwer.

Der erste Grundsatz, den der Metallarbeiterverband hier in Anwendung bringt, ist der: „divide et impera“, teile und herrsche. Er heißt die Freunde gegenseitig feindselig auf. Nachdem dies geschehen, beträgt er sich nicht an den von der Wiesenthaler Richtung einberufenen öffentlichen Versammlungen, die zwecks Stellungnahme zur Erneuerung des Tarifvertrags einberufen waren. Die so in öffentlichen Versammlungen zutande gekommenen Beschlüsse und gewählten Tarifkommissionen erkennt er nicht an. Im Beisein des 1. Bevollmächtigten Cohen erklärt der Brandenburger Eder in einer Versammlung vom 3. Mai: „Mit Rücksicht auf die finanzielle Ohnmacht ist es eine Lebensfrage für die Wiesenthaler, mit den Unternehmern unter allen Umständen ohne Kampf zu einem neuen Tarif zu kommen. Wiesenthal will durch das Zustandekommen des Tarifs dem Parteivorstand zeigen, daß er noch Arbeitersassen hinter sich hat.“ (Eder hat hier die Ausschlußvertagung des Essener Parteitages 1907 der Lokalorganisierten aus der Partei im Auge.) „Wir (der Metallarbeiterverband) wollen zeigen, daß die Wiesenthaler ohnmächtig sind, und die Macht des Metallarbeiterverbandes maßgebend ist. Für unsere (des Metallarbeiterverbandes) Mitglieder kommt daher das, was für die Rohrlegerbranche in der Ackerstraße (bei den Wiesenthalern) gemacht wird, nicht in Frage.“ Kommt in dieser Erklärung Ederis die Absicht, den Wiesenthaler Verband zu verrufen, klar zum Ausdruck, so brachte diese Versammlung auch einen Beweis von der Handlungsfähigkeit der Leiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Der verstorbene sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht hat einmal gesagt, daß die sozialdemokratische Partei, wenn es in deren Interesse liege, 24 Mai in einem Tage ihre Taktik ändern müsse. Daß der Metallarbeiterverband so handelt, zeigt seine Stellung zur Allordarbeit bei der Berliner Rohrlegerbewegung.

Am 2. April sprach sich nach einem Referat von dem Generalsekretärsmitglied Luke der 2. Bevollmächtigte Hande der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die Regelung der Allordarbeit aus. Am 12. bis 22. April fand die jetzt ziemlich öffentliche Versammlung zwecks Stellungnahme zum neuen Tarif statt. Die verjammelten Rohrleger brüllten, für die Heizungs-, Gas- und Wasserbranche tariflich Allordpreise zu nominieren. Trotzdem es im alten Tarif (§ 14) heißt: „Allordarbeit ist möglichst zu vermeiden“, hat die Worf-

arbeit ständig an Boden gewonnen. Da nach dem alten Tarif die Schlichtungskommission nicht kompetent ist, in den aus der Allordarbeit hervorgehenden Verschiedenheiten zwischen Rohrleger und Helfer und Unzuträglichkeiten einzutreten, ist eine tarifliche Regelung geboten. Gegen eine starke Minorität wird der Beschluß, Einbeziehung der Allordarbeit in den neuen Tarif, gefasst.

Dieser starken Minorität der Gegner der tariflichen Allordregulierung auf Seiten der Wiesenthaler trägt der Metallarbeiterverband sofort Rechnung. Folgende Resolution, welche er in seiner Branchenversammlung vom 3. Mai nach einem Referat des Abgeordneten Förster annehmen läßt, beweist dies. Die Resolution lautet:

„Die allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer vom Deutschen Metallarbeiterverband erkennt sich entschieden gegen jede Erweiterung der Allordarbeit in ihrer Branche und bedauert sehr, daß Kollegen von einer anderen Organisation sich von einer einzelnen Person (Wiesenthal) ist geneigt. D. (Förster) verleiht lassen, die Interessen der Rohrleger und Helfer aufs schwerste zu schädigen. Die Versammlung tritt bei eventuellen Verhandlungen nur für Belehrtarife ein, um so aus unserer Arbeit keine Morbarkeit zu machen.“

Ein Mitglied der sozialistisch-syndikalistischen Gewerkschaftsrichtung, Herr Bart, nahm Beratung, der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes öffentlich seine Anerkennung und Freude über den erfolgten Umstieg in der Stellung zur Allordarbeit, die sich seit vier Wochen vollzogen habe, auszusprechen. Wie sehr der Metallarbeiterverband die Verfehlung betreibt, ist aus der Resolution ersichtlich. Wiesenthal soll Schwab im Besuch befreit haben, der Allordarbeit haben. Dann will man auch den Anchein entwenden, als sei eine „Erweiterung“ der Allordarbeit beschlossen. Wedes ist nicht der Fall. Wohin man auch kommen würde, wenn man, was konsequent wäre, die Allordarbeit verbiete, und Allordarbeiter aus den Verbänden ausschließe, so die Berliner Maurerbewegung gezeigt. Der sozialdemokratische Maurer-Verband war konsequent genug, so zu handeln. Die gewerkschaftlich gesetzten Männer bildeten nunmehr eine Vereinigung der Allordmaurer. Da diese Allordmauer kein Interesse an dem Stand der Stundenlohnstrafe hat, arbeiteten sie (Streik), während die zentralistisch Organisierten um höhere Löhne streitten. Das Resultat der Feindschaft gegen die Allordmauer war, daß die Centralisten sich einen Gegner erzogen hatten, der bei dem Streik bezügl. der Ausspezung 1907 in Berlin so stark wurde, daß der Maurer-Verband die über 10 Jahre gedachte Allordmauer zu gestatten sich gezwungen sah und die Allordmauer wieder in seinen Reihen als Mitglieder aufnahm. Obwohl die üblichen Erfahrungen, die die Berliner Maurer mit ihrer Allordmauer gemacht, vorliegen, sah man seitens des Metallarbeiterverbandes noch obige Resolution. Aber in Wahrheit ist der Metallarbeiterverband, wie nachgewiesen, nicht Gegner der Allordarbeit, sie soll nur Vorwand sein.

Und noch eine weitere Wandlung macht er innerhalb vier Wochen. Nach dem „Vorwärts“ vom 20. Mai sagte Händle in einer hinter verschlossenen Türen am 17. Mai tagenden Versammlung: „In der Vertrauensmannschaft und in den Kollegenkreisen sei der Gedanke aufgetaucht, daß wegen der Materialerneuerung aller Lebensbedingungen die materielle Lage durch den Tarif für die Kollegen gebessert werden müsse... Eine ganze Reihe von Paragraphen sei verbessert und auf die Verdienste, welche § 4 vorstellt.“

Geht aus diesen Worten die Absicht, daß der Metallarbeiterverband den Unternehmern einen Tarif einreichen will, klar hervor, so preist derselbe Händle in der Versammlung vom 14. Juni wieder als der Weisheit letzter Schluss, den Unternehmern keine Forderungen resp. keinen Tarif einzureichen. Und was bewirkt diese Wandlung? Antwort: Weil der Wiesenthaler Metallarbeiterverband in seinem Organ vom 30. Mai bekannt machte, daß sein Tarifentwurf am 25. Juni den Unternehmern eingereicht würde. Würde der Metallarbeiterverband nun auch einen Tarif einreichen, dann hätte auch er den Unternehmern gezeigt, daß er etwas wollte. Eine Aussprache und Verständigung auf einen einheitlichen Tarif, der Aussicht auf Durchführung ohne Streit hätte, war das mögliche Resultat. Dies zu hinterziehen ist seine offensbare Absicht.

In der angezogenen Versammlung schlug er, um den Bruch zwischen den Arbeitern vollständig zu machen, gar noch eine Resolution vor, nach welcher nur der Metallarbeiterverband als einziger berechtigter Tarifkontrahent arbeitereigentlich von den Rohrlegern anzuerkennen sei. Nach dem Sprichwort: „Es ist nichts zu dummi, es findet doch ein Jubiläum“, gibt der sozialdemokratische „Vorwärts“ vom 20. Mai eine Resolution, angenommen in einer Branche-Veranstaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom 17. Mai bekannt. In dieser Resolution heißt es: „Die Versammlungen erklären, daß die Wiesenthaler Schlichtungskommission ihr Vertrauen nicht mehr besitzt und daß im Gegenteil die Leute durch ihr Verhalten in den letzten Monaten und durch das Zusammengehen mit den Christlichen gezeigt haben, daß sie nicht mehr auf dem Boden der klassenbewußten organisierten Arbeiter stehen.“

Diesen Blödsinn schaut sich wieder Metallarbeiterverband noch „Vorwärts“ in die Welt zu schenken, obwohl die Leute durch den eben veröffentlichten Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften wissen, daß die christlichen Gewerkschaften 1907 an 1089 Streits und 762 Tarifabschlüssen beteiligt sind.

Aus dem Vorstehenden geht klar hervor, daß der Metallarbeiterverband die Einigkeit unter den Arbeitern und die Möglichkeit des Zustandekommens einer einheitlichen Tarifvorlage systematisch hinterzieht. Da so den Unternehmern unmöglich gemacht ist, über eine im Arbeiterrinne erneuerte Tarifvorlage in Unterhandlungen zu treten, wird der Unternehmerverband den Rohrlegern und Helfern eine im Unternehmensinne gehaltene Tarifverneuerung vorlegen. Mit Mühsam auf die schwierige Konjunktur wird eine solche Vorlage, wie es bei den Bau- und Holzarbeiter verfall war, Berücksichtungen für die Arbeiter enthalten. Wegen Berücksichtigung des neuen Tariffs soll dann ein Abwehrstreik nötig gemacht werden. Für den eben gesetzten Abwehrstreik, den der Metallarbeiterverband vorsieht,

mit durch den sein Ziel — Vernichtung des Wiesenthaler-Metallarbeiterverbandes — erreicht wird, werden dann die Unternehmer verantwortlich gemacht.

Angesichts der geschilberten Handlungen und Konsequenzen wagte Hande es noch, in der Versammlung vom 14. Juni alle die als Arbeitervertreter zu beschimpfen, die in Versammlungen und Flugblättern den deutschen (sozialen) Metallarbeiterverband hinsichtlich seines Vorgehens in der Rohrlegerbewegung anzugehen sich erlaubten. Ein Beschluss wurde gefasst, wonach der Vertreter unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollege Müller, in der Versammlung des sozialdemokratischen Verbandes nicht mehr das Wort erhalten soll. Unser Verband nahm in öffentlicher Versammlung zu der Angelegenheit Stellung. Einigung fand nachdrückliche Resolution. Annahme:

Die am 19. Juni tagende Branchen-Versammlung der Rohrleger und -Hölzer Berlins, einberufen vom christlichen Metallarbeiterverband, verurteilte entschieden d. 3 die Interessen der Branche auf schwerste schädigende Vorgehen der Leitung der Ortsgruppe Berlin des deutschen (soz.) Metallarbeiterverbandes bei der zum 1. September nötig werdenden Tariferneuerung. Der Umsatz, daß der Metallarbeiterverband absichtlich sich an den ersten, die Tarifbewegung einleitenden öffentlichen Branchenversammlungen nicht beteiligte, nötigen ihr jetzt moralisch und rechtlich, die dort gefassten Beschlüsse, betreffend Einbeziehung der Akkordarbeit in den neuen Tarifentwurf und die gewählten Kommissionen im Interesse eines geistlichen Ausgangs der Bewegung anzuerkennen.

Da der deutsche Metallarbeiterverband statt dessen, eine die Einheitlichkeit direkt widerstreitende Sonderstellung einnimmt und dadurch ein eventuell strittloses Zustandekommen eines neuen Tariffs systematisch hintertriebt, gelangt die Versammlung zu der Überzeugung, daß er das Vertrauen der Kollegen unter allerlei Vorspiegelungen zu Nebenabsichten nutzt. Diese Nebenabsicht besteht in der Prüfung eines Streits, der nicht um Verbesserungen im Gewerbe, sondern um Vernichtung des Wiesenthal'schen Metallarbeiterverbandes geführt werden soll.

Der Verschlechterung dieser Nebenabsicht bedient sich der Metallarbeiterverband der widersprechendsten Einstellungen und Begründungen betreffend Akkordarbeit und zentrale Erhöhung der Stundenlöhne. Hierfür blieben bis erzielten Maßnahmen, welche sich in den Branchen-Versammlungen vom 5. April bez. 3. Mai, und den vom 17. Mai gegen 14. Juni vollzogenen, drastischen Beweise.

Da die Erneuerung eines für die Branche günstigen Tariffs, die Einigung aller beteiligten Gewerkschaften mit einem Einheitstarifentwurf zur Voraussetzung hat, ist eine Einigung unter den obwaltenden Verhältnissen nur von einer neutralen Instanz angebahnt, höchstens auf Ewig hat, beauftragt die Versammlung das Büroamt, sich an den Vorsitzenden des Vereins der Gesellschaft für Sozialreform zu wenden, und Herrn Prof. Franke zu bitten, durch Einberufung einer Konferenz, zu der die Leiter der beteiligten Organisationen eingeladen werden, eine Einigung zu versuchen.

Die Versammlung fordert alle Kollegen, gleichgültig, welcher Organisation sie angehören, auf, für eine Einigung und damit für das geistliche Gelingen einer Tariferneuerung zu agitieren."

**Augsburg.** Die Ausführungen über den Streik bei der Firma Niedinger in Nr. 21 unseres Organs haben den Obermetallgenossen Wernthaler gewaltig in Hassisch gebracht. Um seine verschleierte Taktik und schamlose Riedecklage zu beschönigen und den Blick seiner renitenten Genossen davon abzulenken, versucht er jetzt das christliche Kommissionsmitglied F. als das schuldige Karmichel hinzustellen und schimpft in Nr. 23 der sozialdemokratischen Met. Blg. gewaltig im Stauherderton auf den betroffenen Kollegen. Das ist man an Wernthaler gewohnt, im Schimpfen und Phrasen schwärmen kommt ihm so leicht keiner über. Wenn er aber damit vielleicht Nachte an unserem Kollegen F. über möchtet, weil er hinter ihm den Verfasser der Notiz in Nr. 21 vermutet, so ist Wernthaler auf falscher Verfassung noch Einsender jener Notiz gewesen ist. Redaktion.) Lebzigens ist es auch eine dreiste Unvorsichtigkeit, daß Kollege F. an dem Ausgang dieser Bewegung die Schuld tragen soll. Der Vorwurf ist geradezu kindisch und es hat sich über diesen Trick keiner mehr verwundert, wie die Genossen, des Herrn Wernthaler selber, die er zum Teil wiederholt ausgesprochen haben, daß Wernthaler nicht richtig taktiert habe. Erst macht er immer furchtbar radikalen Radau und nachher, wenn er die gezusenen Geister nicht los werden kann, dann versucht er zu bremsen; erst dann macht er das, was eben er sich in Nr. 23 der „Met.-Blg.“ röhmt, dann „warnt“ er vor unüberlegten Handlungen. Wenn er aber mit Gewalt einen Sündenbock aus den Reihen der Arbeiter holen will, dann mag er zu seinen Genossen G., F., und L. gehen. Diese tragen jedenfalls viel mehr Schuld an dieser Niederlage wie der christlich organisierte Kollege F. Diese drei Genossen sagten ohne Unterlass, daß sie nichts verdienten, schürten das Feuer, und nachher stellte sich heraus, daß sie den sozialen Löhn, mit der Wahrheit aber hinter dem Berge gehalten hatten. Stimmt das nicht, geehrter Herr Wernthaler? Also hübsch vor der eigenen Türe zeigen, da liegt Unrat genug. Wenn Wernthaler aber glaubt, wir würden uns über sein Verschwinden aus Augsburg besonders freuen, weil er den christlichen Metallarbeiterverband klein zu halten verstanden hätte, so irrt er sich. Deshalb freuen wir uns nicht; das Verdienst, die christlichen Gewerkschaften unterdrückt zu haben, ist ebenso anrüchig wie das andere, das auch wir dem Herrn Wernthaler nicht bestreiten und verteidigen möchten, nämlich, daß er zur Bildung der Gelben ebenso viel, wenn nicht mehr mit seinem radikalen Phrasengeschlingel beigetragen hat, wie Herr Director Buz mit seinem Geschenk von 100 000 Mark. Um solche „Verdienste“ bereiden wir den „zielbewußten“ Genossen Wernthaler gewiß nicht.

Die christlich gesinnten und alle recht denkenden Metallarbeiter Augsburgs haben aus der Bewegung bei Niedinger wieder ersehen können, in welcher Art und Weise die heutige Leitung des „freien“ Met.-Verb. die Interessen der Arbeiter vertreibt. Dass Gott erbarm! Sie werden die richtigen Lehren daraus ziehen und sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen müssen, wenn es endlich anders werden soll.

**Hut Beweinung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzutragen; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Augsburg.** Zugang von Kupferschmieden für die Augsburger Maschinenfabrik freih. fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

**Augsburg.** Neben die Firma L. A. Niedinger ist die Sperrre verbürgt.

**Osnaabrück.** Im Osnabrücker Eisen- und Stahlwerk sind infolge einer allgemeinen Lohnreduzierung Differenzen ausgebrochen.

**Worazheim.** Sämtliche organisierte Kollegen und Kolleginnen der Holz-Etui-Branche sind ausgesperrt

**Regensburg.** Die hiesigen Kunstd- und Bau-schlosser stehen in einer Tarifbewegung.

**Winnheim.** Bei der Firma „Brown & Power“ stehen die Kollegen in Streik bzw. Zuspernung wegen Akkordreduzierungen.

### Zugang ist fernzuhalten.

**Witten i. W.** Wie den Kollegen bekannt, schwiebt zwischen den Westfälischen Stauff und Emailierwerken in Witten und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Witten bei unserer hortigen Verbandsvertreter zu melden.

### Arbeitslosen-Zählscheine.

Die Arbeitslosen-Zählscheine müssen in der Zeit v. 1. bis 4. Juli genau ausgefüllt an die Firma eingezahnt werden.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. Juni der siebenundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Juni bis 5. Juli 1908 fällig.

Die Ortsgruppen Mannheim und Bochum erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pf.

Die Mitbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zu Folge.

**Burk Beobachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.** Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu informieren. Wo keine freigesetzten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zählstelle unseres Verbandes besteht, werde man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Centralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Bei der Aufnahme neuer Mitglieder wird seitens mancher Ortsverwaltungen noch immer zu wenig Gewicht auf die genaue Angabe der Berufsart der Mitglieder gelegt. Es genügt nicht bei ungelernten Arbeitern, die z. B. in einer Maschinenfabrik arbeiten dieselben einfach als Fabrikarbeiter zu bezeichnen, sondern es muß angegeben werden, ob dieselben als Hobler, Bohrer, Fräser, Stoßer, Hilfsarbeiter tätig sind. Ebenso genügt bei den in den Hütten- und Walzwerken beschäftigten Arbeitern nicht die Bezeichnung Hüttenarbeiter, sondern es muß angegeben werden, ob die betreffenden, als Hochofenarbeiter, Erzführer, Gichtarbeiter, Schlackenfahrer, Walzwerkarbeiter, Stoßarbeiter, Abjustagearbeiter, Wälzwerkarbeiter u. s. w. beschäftigt sind. Dasselbe gilt für die anderen Berufsarten. Diese Angaben sind für eine genaue Statistik für die einzelnen Berufe unabdingt notwendig.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Matingen.** In der am 13. Juni stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung nahm unsere Zählstelle Stellung zu den gestellten Anträgen auf Beitrags erhöhung. Nachdem unser erster Vorsitzender sowohl wie der Bezirksleiter, Kollege Broich, eine Erhöhung der Beiträge genügend begründet hatten, namentlich auf die Hauptaufgabe jeder gewerkschaftlichen Organisation hinwies, mußte es unsren Kollegen klar sein, daß wir auf die Dauer keine so hohen Unterstützungen, wie sie im Statut vorgesehen sind, aufrecht erhalten können, ohne eine Beitrags erhöhung vorzunehmen.

Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich für den 70 Pf.-Wochenbeitrag aus mit dem Hinzufügen, daß unter allen Umständen die Höhe der jetzigen Unterstützungen beibehalten werden soll, schon aus agitatorischen Gründen. Die

Abschlußung ergab einstimmige Annahme des Antrags, vom 1. Juli 1908 den 70 Pf.-Wochenbeitrag einzuführen.

Kollegen, durch die einstimmige Annahme dieses Antrages habt ihr gezeigt, daß ihr gewerkschaftliches Verständnis bestigt und daß Standesbewußtsein und Standesinteresse bei euch genügend vorhanden ist. Nun liegt aber auch denselben Mint und dasselbe Interesse an den Tag, wenn es gilt, neue Kämpfer unserm Verbände zuzuführen. Unsere Stolz erblicken wir in einer gefüllten Kriegsfasse. Das ist das Pulver im Wirtschaftskampfe zur Herstellung unsers Standes. Jetzt gilt es aber zunächst noch, die Zahl unserer Streiter zu vermehren, und unablässig neue Mitglieder zu gewinnen. Gedot von uns muß ein Pionier und Agitator sein. Über hier scheinen unsere Kollegen in Ratinus vielfach zu versagen. Es muß doch jedem Kollegen ein leichtes sein, im Jahre einen Freund oder Bekannten auf der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses auf christlicher Grundlage zu überzeugen. Nur ein klein wenig Mut, nicht zu zaghaft! Lasset Euch auf die Bühne sehen, wie es unsre Beguer auch machen: Nur dem gebührt die Freiheit wie das Leben, der täglich sie erringen muß.

**Bochum.** Unsere Wierteljahrs-Generalversammlung am 21. Juni hat einen bedeutungsvollen Schritt vorwärts getan in der Entwicklung unserer Ortsverwaltung. Nach einem Votum des Kollegen Baldus und einer sehr lebhaften Aussprache wurde einstimmig folgender Beschluß gefasst:

Die heutige Generalversammlung der Ortsverwaltung Bochum stellt den Antrag, der bevorstehende Verbandsstag in München möge den Beitrag auf 60 Pf. erhöhen ohne jede Steigerung der bisherigen Unterstützungsätze. Im Versoß dieses Antrages beschließt die heutige Generalversammlung für die Ortsverwaltung Bochum die Erhöhung eines Wochenbeitrags von 70 Pf. vom 1. Juli d. J. ab. Gleichzeitig wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß alle Ortsgruppen des Verbandes noch vor der Generalversammlung in München die notwendig gewordene Beitrags erhöhung durchführen mögen.

Kollegen von Bochum! Der Beschluß ist gefasst, jetzt gilt es, ihn gern und opferwillig durchzuführen. Hoffentlich gibt es keinen unter unsren Kollegen, der diese auweisenliche Beitrags erhöhung zum Vorwand der Fahnenflucht nehmen wollte. Auch nicht unter den Mitgliedern, die leider nicht in der Versammlung waren. Die Ortsgruppe Bochum wird es sich zur besonderen Ehre anregen, wenn sie ein einziges faules Reis an ihrem Baum vorhanden ist. Solidarität und Opfergeist soll unsre Lösung sein.

**Wolfsbüttel.** Ein Zufall sollte uns hier zeigen, wie ungern gewisse Kreise sehen, wenn wir Arbeiter uns einer Gewerkschaft anschließen, welche für uns zur rechten Zeit eintritt und in der Not ein starker Rückhalt ist. Der hiesige deutsch-vaterländische Verein hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den evangelisch-nationalen Arbeiterverein in die Tasche zu stecken. Durch einige Christliche Gewerkschaften wurde dies verhindert. Haben doch die Mitglieder des letzten Vereins früh genug eingesehen, daß ihnen die christlichen Gewerkschaften viel näher stehen als ein Vereinchen, dessen Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie gipfelt. Darum wurde es mit der Verhinderung nichts. Darüber geriet nun der Redakteur des Wolfsbüttler Kreisblattes in Aufregung und machte seinem bekräftigten „vaterländisch“ gesinnten Herz durch fräßige Worte in seinem Blätterton Lust. Er drohte sogar, keine Berichte mehr anzunehmen. Nun, die Betroffenen haben gern verzichtet, sein wohlkäfigtes Herz in Anspruch zu nehmen. Zur weiteren Verbreitung des genannten Blattes trägt ein derartiges Geschrei sicherlich nicht bei. In welchem Auftrage handelt wohl der Redakteur??

Für uns ergibt sich aus solchen Vorgängen die Lehre, daß wir trenn und fest zusammen halten müssen. Durch mündliche Agitation müssen wir für die Verbreitung unserer Ideen unablässige Sorge tragen. Uns christlichen Gewerkschaften schwiebt ein viel höheres und vornehmheres Ziel vor Augen, als nur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wir wollen unsre wirtschaftliche Lage bessern, unsren Stande die Gleichberechtigung erkämpfen und an den Kulturstättern der Gegenwart teilnehmen. Darum künftigen! „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“, das sei unser Losungswort. Kollegen! Bringt Eure Frauen mit zu den Versammlungen, dort werden sie mit den gewerkschaftlichen Ideen vertraut gemacht, welche uns alle beseelen. Die Frau ist unsre Lebensgefährtin, darum muß sie uns auch im Kampfe um unser Dasein zur Seite stehen.

**Bulda.** Wir hielten am Freitag, den 29. Mai eine öffentliche Versammlung ab, in welcher unser Centralvorsitzender, Kollege Wieber, und Fräulein Schmidt aus Offenbach referierte. Als erste Rednerin sprach Fräulein Schmidt über Arbeit und Ziel der christlichen Gewerkschaften. Sie wußte die sittlichen Momente der Bewegung und den Einfluß der christlichen Weltanschauung auf das Wirtschaftsleben sehr klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen. Jeder christliche Arbeiter müßte wissen, daß wir in sozialen Kuren auch einen Heiland und Erretter brauchen. Der Zusammen schluss wirkte ferner bildend und fördernd auf den einzelnen Arbeiter; darum sei es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, sich unseren Gewerkschaften anzuschließen. Wollen die Arbeiter Einfluß auf das Lohn- und Arbeitsverhältnis gewinnen, so müssen sie möglichst in geschlossener Anzahl den Gewerkschaften beitreten. Durch die Interkonfessionalität sei Katholiken und Protestanten der Beitritt ermöglicht. — Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Als zweiter Redner nahm dann unser Centralvorsitzender Wieber das Wort und sprach über die wirtschaftliche Krise, von welcher eben die deutsche und ausländische Industrie wieder heimgesucht werden. Die gegenwärtige Krise nahm ihren Anfang in Amerika durch den Kupferstach. Hier hat man es verstanden, die Preise bedeutend in die Höhe zu treiben, indem man die Vorräte viel geringer bezeichnete, als sie in Wirklichkeit waren. Bloßlich sah man die Preise, es entstand eine Panik, jeder suchte seine Waren noch auf dem Markt zu bringen und so nahm die Krise ihren Anfang.

Durch das Stocken der Industrie in Amerika wurde auch Europa in Wiederaufschwung gezogen, vornehmlich in der Metallindustrie und im Baugewerbe. Durch die Versteuerung des Gelbes, welche eine leibe Strafe mit sich brachte, stieg

Die Unternehmungslust in erster Linie im Baugewerbe, stand doch der Zinsfuß bis zu 8 Prozent. Unter solchen Verhältnissen ist es unmöglich, daß die mittleren Unternehmer einen sehr großen Betriebskapital zur Verfügung stehet, noch arbeiten können. Gibt es aber im Baugewerbe abwärts, so werde auch die Eisenindustrie davon betroffen, weil die letztere in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu der ersten steht. Doch kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Krise bereits ihren Höhepunkt überschritten habe und daß wieder Zeichen zur Besserung am wirtschaftlichen Horizont vorhanden seien. Der Zinsfuß auf der Reichsbank ist bereits gesunken bis zu 5 Prozent.

(Inzwischen ist er auf 4 Prozent herabgesetzt worden.)

Weiter besprach Nehmer die Krisen in den 70er Jahren, welche bedeutend schärfer waren als die gegenwärtige. Welche Lehren soll nun der Arbeiterschaft daraus ziehen? Vor allen Dingen ist es notwendig, die Organisationen auszubauen, damit es der Arbeiterschaft möglich ist, etwaige Verschlechterungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis fernzuhalten. Gerade die Krisen werden von den Industriegewerben benutzt, um den Arbeitern Verschlechterungen aller Art auszubüren. Es koste dann sehr oft wieder schwere Opfer und Kämpfe, um das zu erreichen, was vor der Krise schon bestanden habe.

Die Arbeiterschaft muß sich beschäftigt von der gesunden Einsicht leiten lassen, ihre Organisationen auch in Zeiten, wirtschaftlichen Niedergangs zu erhalten und zu jeder Zeit gerüstet sein. Natürlich müsse in solchen Zeiten die Beitragszahlung erst genommen werden und jeder Kollege muß darauf achten, seine Beiträge möglichst jede Woche zu bezahlen, ist man erst rückständig, dann halte es selbstverständlich schwer, wieder nachzukommen.

Um Schlüsse seines Vortrages wurde dem Zentralvorstand lebhafter Beifall zu teil, hatten wir doch seit langer Zeit wieder einmal die Freude, einen gründlichen Kenner des Wirtschaftslebens reden zu hören. In der Diskussion sprach auch ein Genosse namens Freile. Derselbe nannte die Ausführungen von Fräulein Schmitt eine pastorale Predigt, die in die Kirche gehöre, auch suchte er die Ausführungen unseres Zentralvorstandes zu entkräften, indem er allerhand Unsinngkeiten ins Feld führte, die zu den beiden Referenten in keinem Zusammenhang standen. So sollten unter anderem die italienischen Arbeiter Schuld an der gegenwärtigen Krise sein. Auch sollen die christlichen Gewerkschaften nach seiner Meinung keinen Zweck haben.

Unserem Zentralvorstand war es in seinem Schlusswort ein Leichtes, diese konfusen Angriffe zurückzuweisen. Zum großen Gaudium aller Versammelten mußte sich der Genossenredner sagen lassen, daß ihm die Wirtschaftsprobleme nichts weiter als böhmische Dörfer seien, von denen er trotz jener großen Brille nichts versteht. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften schloß sodann der Kartellvorsitzende die schön und anregend verlaufene Versammlung.

Unsere Kollegen von Fulda! Hoffentlich ist durch die Anwesenheit unseres Zentralvorstandes wieder ein neuer Schritt vorwärts in die Aufklärungsarbeit für unsere Wahlstelle getan worden. Nur war es bedauerlich, daß die Versammlung nicht so zahlreich besucht war, wie es im Interesse unserer Sache notwendig gewesen wäre. Es ist nun endlich an der Zeit, daß mit dem Schlussmitkentum mal gründlich aufgeräumt wird und wieder neues, gewerkschaftliches Leben durch unsere Wahlstelle zieht. Nur so können wir hier am Orte vorwärts kommen! Die Metallarbeiter Fuldas haben schon große Vorteile durch den Verband erreungen, jetzt ist es auch ihre Pflicht, treu festzuhalten und die Organisation ohne Unterlaß weiter zu stärken und auszubauen, um auch in Zukunft stets gerüstet zu sein.

**St. Ingbert.** Die Prozesse gegen die Pensionskassen im Ruhrgebiet haben auch hier ein lebhaftes Echo geweckt. Die schon lange vorhandene Unzufriedenheit gegen die Pensionskasse des Eisenwerkes Krämer kommt immer mehr zum Ausdruck. Da sind die Verteidiger und Protestoren dieser "Wohlfahrts"-einrichtung auf einen sonderbaren Einfall gekommen, um ihre Einrichtung zu verteidigen. Sie versuchen dies nämlich mit einem Hinweis auf die Statuten des christlichen Metallarbeiterverbandes. Das war nun ein mehr wie unglücklicher Versuch, wie nachfolgende

#### Unterschiede

zwischen den beiden genannten Institutionen auf deutlichste hervorzuheben:

1. In der christlichen Gewerkschaft wird die Mitgliedschaft freiwillig erworben. Dagegen in der Pensionskasse muß jeder Arbeiter des Eisenwerkes Mitglied werden.

2. Der Gewerkschaft zahlt das freiwillige Mitglied jeder Woche einen Beitrag ohne Zwang.

Dagegen werden den Arbeitern in der Pensionskasse im Lohnzettel 5 Prozent ihres Lohnes zwangsweise abgezogen.

3. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften bilden durch ihre Generalversammlung die höchste Instanz, wählen den Zentralvorstand als Verwaltung, bestimmen die Höhe der Beiträge, sowie Unterstützungen selbst und sehen das Statut fest.

In der Pensionskasse dagegen geschieht die Verwaltung durch einen Beamten der Hütte, die Mehrheit im Vorstand wird ohne jeden Einfluß der Mitglieder von der Verwaltung bestimmt und infolgedessen hat die Hütte in allen Fragen den Ausschlag, wenn sie will und die Mitglieder haben gar nichts zu sagen. Eine Generalversammlung als höchste Instanz gibt es gar nicht.

4. Hat das Mitglied der christlichen Gewerkschaft seine Beiträge pünktlich bezahlt, dann bekommt es nach den von ihm in der Generalversammlung bestimmten Bedingungen eine Unterstützung.

Da der Pensionskasse dagegen liegt der "Vorstand" unter dem Vorsteher eines Direktors und dem Besitzer des Kassenbeamten alle Beschlüsse über Unterstützungen. Die Hütte braucht sich für die drei von ihr bestimmten Mitglieder im Vorstand nur willige Kreaturen auszusuchen, dann hat sie schon dem Vorstand, also dem Direktionsmitglied allein das Bestimmungsrecht über die Kasse übertragen. Zum Beispiel darf aber nach im Statut, daß alle Beschlüsse des Vorstandes nur gültig sind, mit Genehmigung des Vorstandes, also der Hütte.

Von einer Selbstverwaltung der Kasse durch die Arbeiter kann also gar keine Rede sein trotz der hohen Beiträge von 5 Prozent vom Lohn.

5. Im Verband scheiden die Mitglieder nur durch freien Willen aus und verzichten freiwillig auf ihre Rechte. Das Eisenwerk darüber hingegen kann jederzeit Arbeiter entlassen, die ihm nicht angenehm sind, selbst gegen die guten Eltern und wegen Wahrnehmung eines gesetzlichen Rechtes (Reichstags). Alle Beiträge, welche ein solcher Arbeiter bezahlt hat, sind der Kasse verloren, ohne daß er irgendwelche Gegenleistung erhalten hat.

So sehen die Rechte der Arbeiter im Verband und in der Pensionskasse aus. Im Verband Verwaltung durch die Arbeiter selbst, dagegen in der Pensionskasse Verwaltung und Handhabung der Statuten unter absoluter Herrschaft der Verwaltung, trotzdem die Arbeiter die hohen Beiträge bezahlen, während die Fabrik keine Beiträge leistet.

Solche unwürdigen Zustände werden nur ein Ende nehmen, wenn die Arbeiter in ihrer Mehrzahl unbekümmert um eine kleine Anzahl Angestellter dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband beitreten und für eine gesetzliche Regelung dieser Pensionskassen a la "Pensionskassen" Sorge tragen. Auch auf dem Wege der Selbsthilfe wäre bei gutem Willen vieles zu erreichen.

#### Soziales.

##### Das Tätigkeitsfeld der Gewerbeaufsicht.

Im Jahre 1907 wies die deutsche Industrie, soweit sie der Gewerbeaufsicht unterstellt war, ein Arbeiterheer von 3 069 498 Köpfen auf; d. i. gegenüber dem Vorjahr eine Mehr von 83 325. Diese Zahl verteilt sich auf 141 999 (im Vorjahr 135 369) Fabriken, gewerb. Anlagen, Werkstätten usw. 2 277 642 davon waren erwachsene männliche Arbeiter, 563 100 weibliche Arbeiter. Von den lebteren waren 236 855 im Alter von 16 bis 21 Jahren, 326 245 über 21 Jahre alt. Jugendliche Arbeiter (14 bis 16 Jahre alt) wurden 225 696 beschäftigt, davon 150 126 männliche und 75 570 weibliche, Kinder unter 14 Jahren 3060, darunter 1901 Knaben und 1159 Mädchen. Im Vergleich zum Jahre 1906 ist die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter um rund 49 000, die der weiblichen Arbeiter um rund 24 790, die der jugen Jungen um 8 792 und endlich die der Kinder um 714 gestiegen. Heißt es, daß von den 141 999 revisionspflichtigen Anlagen 69811 gleich 49,2 Prozent (49,7) mit 2526 214 Arbeiter gleich 82,5 Prozent (82,3) der gesamten Arbeiterschaft. Vorhanden waren zusammen 267 Beamte, davon bei den Regierungen 39 und in der Lokalverwaltung 228.

#### Briefkasten.

Kollege E. M. Selbstverständlich braucht unter den Stimmen zur Generalversammlung nicht der volle Namen des Eisendorfers zu stehen. Wo die Kollegen mit Rücksicht auf ihr Arbeitsverhältnis ein öffentliches Vertreten vermeiden müssen, da genügen die Anfangsbuchstaben oder eine sonstige Bezeichnung, wie z. B.: Ein Kollege vom Schwarzwald, oder aus dem Saargebiet usw. Jeder Kollege kann und soll seine Ansichten im Verbandsorgan zum Ausdruck bringen, ohne sich deshalb Unannehmlichkeiten auszusetzen. — Nach Artikel 2. Der Artikel mußte für die nächste Nr. zurückgestellt werden. — Nach Hannover. Unser Verband hat mit parteipolitischen Angelegenheiten, also auch mit den Landtagswahlen, nichts zu tun. Da kann jedes Mitglied tun oder lassen was es will.

**Machen** (Bezirks-Kartell der christlichen Gewerkschaften für Norden und Umgegend.) Der Karrierevorstand hat für Sonntag, den 20. August vormittags 10½ Uhr in der Restaurierung C. Kettner, Ellschornsteinstr. Nr. 5 die diesjährige ordentliche Generalversammlung festgelegt. Die Tagesordnung lautet: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Vorstandswahlen. 3. Änderung der Statuten. 4. Beratung von Anträgen. Anträge welche von den, dem Bezirkssortellen angehörenden Ortsgruppen und Wahlstellen, sowie den gewählten Delegierten zur Generalversammlung gestellt werden, müssen bis zum 1. August dem Unterzeichneten eingesandt werden.

Der Vorstand. S. A.: Ewald Weber, Pontstraße 56.

#### Generalversammlungskalender.

Obne zwanzigenden Grund wird ein pflichtbewußter Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.

Ahren i. W. Sonntag, den 8. Juni sind die Wahlstunden zur Wahl des Delegierten zur Generalversammlung festgelegt, von 11—1 Uhr vormittags und 8—9 Uhr abends im Vereinslokal.

**Grimmberg.** Nächste Mitgliederversammlung Sonntag, den 28. Juni nachmittags 8½ Uhr pünktlich bei Bels. Am gleichen Tag nachmittags 4 Uhr ebenda: Wahl des Delegierten zur diesjährigen Generalversammlung in München.

**Tarntstadt.** Seien 1. und 3. Freitag im Monat findet in der Brauerei "Große" Karlstr. abends 1½—2 Uhr Versammlung statt.

**Dortmund.** Das Büro befindet sich Lützelrüschstr. 7 II. Dorfleute werden sämtliche Unterstützungen ausbezahlt. Zurzeit haben sich zwecks Auszahlung der Reiheunterstützung und Arbeitsvermittlung darüber zu melden.

**Dortmund-Hombruch-Borow.** Sonntag, den 28. Juni nachmittags 4 Uhr Versammlung bei Klinert. Referent Kollege Bitter. In sämtlichen Versammlungen in Dortmund findet Delegiertenwahl statt.

**Dortmund-Hörde.** Sonntag, den 28. Juni nachmittags 3 Uhr Versammlung bei Hörov. Referent Kollege Schneider Dortmund.

**Dortmund-Lüdinghausen.** Sonntag, den 28. Juni vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Richter, Burgstr.

**Dortmund-Lünen.** Sonntag, den 28. Juni vormittags 11 Uhr Versammlung bei Möllmann. Referent Kollege Gaitowsky.

**Dortmund (Kleingewerbe).** Mittwoch, den 1. Juli abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im christlichen Gewerbehause.

**Dortmund-Schwertheim.** Sonntag, den 28. Juni vormittags 11 Uhr Versammlung bei Schwermann. Referent Kollege Kreil, Dortmund.

**Dortmund-Stadt.** Sonntag, den 28. Juni vormittags 11 Uhr Versammlung im christl. Gewerbehause. Referent Kollege Bitter, Barop.

**Duisburg I.** Sonntag, den 28. Juni nachm. 6½ Uhr bei Klüppers, Manheimerstr. 61. Gleichzeitig Delegiertenwahl.

**Duisburg II.** Sonntag, den 28. Juni findet die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung in München statt. Die Wahl erfolgt für:

1.) Duisburg-Alsleb-Hochfeld nachmittags von 4 Uhr an im Vereinslokal Klüppers, Manheimerstr. 61.

2.) Duisburgerenvorstadt von 11—1 Uhr vorm. im Lokal Wittendorf, früher Klüppers, Mülheimerstraße.

3.) Rheinhessen am Samstag, den 27. Juni von 5 bis 8 Uhr bei Reitgen, Duisburgerstraße.

4.) Großendau-Buchholz von 11—1 Uhr vorm. im Lokal Römer in Buchholz.

5.) Großbaum von 5—7 Uhr nachm. im Lokal Brüttigam.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen sich an der Wahl zu beteiligen. Als Ausweis ist das Mitgliedsbuch erforderlich. Wählbar ist jedes Mitglied. Um aber eine allzugroße Herabsetzung zu vermeiden, sind in den Versammlungen einzelne Kollegen in Vorschlag gebracht, welche im Wahllokal bekannt gegeben werden.

**Eisenach.** Unsere nächste Versammlung findet am 4. Juli statt.

**Essen.** (Schlosser und Schmiede des Kleingewerbe.) Samstag, den 27. Juni abends 9 Uhr Versammlung mit Vortrag. Versammlungsort Gewerbehause Rosenthalerstraße.

**Essen-Altenessen.** Sonntag, den 28. Juni abends 6 Uhr Versammlung mit Vortrag. Versammlungsort Wirt Ester Hammerstraße.

**Essen-Bottrop.** Samstag, den 27. Juni abends 8 Uhr Versammlung mit Vortrag. Versammlungsort Trogemann.

**Gelsenkirchen (Ortsverwaltung).** Am Sonntag, den 28. Juni findet die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung statt. Die Wahl beginnt um 10½ Uhr vorm. und endet um 1½ Uhr nachm. — Schalke und Hespe bei Gladbach (Herzogstr.) — Neustadt bei Walsum. — Bulte bei Melle. — Bulte bei Melle. — Kleingewerbe bei Diers. Jeder Wähler muß sein Mitgliedsbuch unbedingt vorzeigen. Die Kollegen können auch ihr Wahlrecht in anderen Sektionen ausüben. — Für die Nachschicht findet in Bulte die Wahl am Montag den 29. nachm. von 4—7 Uhr statt.

**Gelsenkirchen-Kleingewerbe.** Freitag den 26. Juni abends 8½ Uhr bei Diers.

**Goslar.** Am Sonntag, 28. Juni, morgens 11 Uhr im "Röhrs" bei Röhrs. Versammlung mit Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.

**Heddenheim.** Die Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung findet in unserer Ortsgemeinde am Sonntag, den 28. Juni, vormittag 11 Uhr im Vereinslokal statt.

**Höxter.** 28. Juni nachmittags 8 Uhr bei Wm. Hellmann. Vortrag mit Diskussion. Unorganisierte sind einzuführen.

**Ingolstadt.** (Bayern) Versammlungsort der christl. Gewerkschaften ist: Gasthaus zum Tafelmeter, Inhaber: Gallus Walter, Speisen und Getränke, sowie Nachquartier zu möglichen Preisen.

**Langelsheim.** Mittwoch, den 24. Juni, abends 9 Uhr Versammlung bei Kinkelmann.

**Ludwigshafen a. Rh.** Samstag, den 4. Juli abends 8½ Uhr bei Rehr Nohrlachstraße 24. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Tagessordnung. Delegiertenwahl.

**Maunheim.** Der erste Vorsitzende Josef Herling ist wegen Krankheit auf unbestimmte Zeit verlaufen; die Geschäfte der Ortsverwaltung werden durch den Bezirksteleiter und 1. Kassierer erledigt. — Die Delegiertenwahl zur Generalversammlung findet am 28. Juni von 10—1 Uhr im Lokal Bernhardushof K 1. da statt.

**Meiderich.** Unsere Versammlungen sind jeden zweiten Samstag, vormittags 11 Uhr bei Stavelmann. Am vierten Samstag im Monat. Nachmittags 4 Uhr bei Haselkamp, statt.

**München.** Sonntag, 28. Juni vorm. 10—12 Uhr Wahl des Delegierten zur Generalversammlung. Wahllokal Kellergarten. Für die Kollegen rechts der Isar Sitz. Hotelhaus Hochstr. 28. Mitgliedsbuch als Legitimation.

**Nehheim.** 3. Juni 6½ Uhr abends im Zentralhof. Vortrag mit Diskussion. Unorganisierte sind einzuführen.

**Nehheim-Hüsten.** Für die Delegiertenwahl am 28. er. ist folgende Wahlzeit festgelegt: Gruppe Nehheim von 1½ bis 1½ Uhr im "Zentralhof". — Gruppe Hüsten von 2 bis 4 Uhr bei Wm. Hellermann. Für diejenigen Mitglieder welche durch Sonntagsarbeit verhindert sind, ist Wahlgelegenheit am Dienstag, 30. er. Abends 1½ Uhr im Zentralhof. Die Mitgliedsbücher müssen mitgebracht werden.

**Oberhausen I.** Sonntag, den 28. Juni vormittags 11 Uhr bei Löppi Hechenstraße Generalversammlung.

**Oberhausen-Mülheim.** Sonntag, den 28. Juni vormittags 11 Uhr bei Lücker Froschenteich Generalversammlung der Sektionen Mülheim.

**Overhausen-Eller.** Sonntag, den 23. Juni vormittags 11 Uhr bei Lüttelehni Hüttenstraße Generalversammlung.

**Altstadt-Broich-Spelberg-Saarn.** In diesen Versammlungen soll Stellung zu unserer Generalversammlung in München genommen werden.

**Ober-Schöntalweide.** Am Sonntag den 28. Juni 08 nachm. 2½ Uhr findet im Lokale des Herrn Josef Olesch Wallstr. 26 eine außerordentlich wichtige Versammlung statt.

**Delpe.** Sonntag, den 28. Juni vormittags von 11—12 Uhr Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

**Ortsgruppe Walt.** Sonntag, den 28. Juni, morgens 10½ Uhr im Lokale Schröder außerordentliche Mitglieder-Versammlung mit Wahl des Delegierten.

**Siegburg.** Sonntag, 28. Juni morgens 9 Uhr im Minoriten Versammlung und Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.

**Siegen.** Sonntag, den 28. Juni findet im Lokal des Herrn Demand, Marburgerstr., von 11—12 Uhr die Wahl des Delegierten statt